

INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit Info aus Berlin



7 1 6

17.9.10

BERLIN-ON-SALE

nicht mit uns!

Herbstaktionstage

gegen die sozialen Angriffe auf unser Leben

*für soziale
gegenseitige*

Termine und Infos unter

<http://berlinonsale.blogspot.de>

1. bis 10. Oktober 2010



Hallo liebe Leute,

der Briefkasten war diesmal gut gefüllt, was prima ist. Dabei war auch die Stellungnahme und Einschätzung der linken Buchläden zu den immer häufigeren Durchsuchungen. Wir finden die politische Analyse sehr plausibel: Die Buchläden sind ein wichtiger Punkt in unserer linken Struktur, und das ständige Rumstressen der Bullen nervt bestimmt allein schon für die alltägliche Arbeit extrem und soll wohl genau diesen wichtigen Punkt mürbe machen. Und auch wenn wir in der letzten Ausgabe schon Überlegungen zu den Durchsuchungen veröffentlicht haben, finden wir es hier noch mal wichtig anzuregen, dass wir uns als linke Szene überlegen, wie wir die Läden unterstützen können. Von nach den Durchsuchungen nachfragen, ob sie was brauchen, über da sein (wenn mensch das schafft), wenn die Bullen gerade da sind, prekäre Hefte möglichst weit in der Stadt verteilen bis hin zu inhaltlicher Arbeit zu dem Aspekt der inhaltlichen Zensur durch Repression. Gemeinsam sind wir stark!

Wie wir den anderen Einsendungen entnehmen konnten, wird weiterhin den Verantwortlichen für Krieg keine Ruhe gelassen, ob es um persönliche Entscheidungsträger oder um Infrastruktur fürs Militär geht. Für ein stetiges „Anklopfen“ bei allen KriegstreiberInnen!

Überlegungen zur allgemeinen Lage, wie die Analysen im Vorfeld zum No-border-camp in Brüssel oder die Gedanken aus Tarnac, bringen uns hoffentlich inhaltlich weiter und auf Ideen für ein wildes, „unverschämtes“ restliches Jahr, zum Beispiel bei den Aktionstagen im Herbst. Werfen wir dem tagtäglichen Stadtumstrukturierungs- und Privatisierungswahnsinn ein entschlossenes „Nein“ entgegen! Unser Leben und unseren Lebensraum gestalten wir lieber selber.

Eure interimistas

Inhalt

- Erklärung der Buchläden zur Durchsuchungswelle 3
- Antimil-Action 6
- Impressionen vom Treffen in Tarnac 9
- aktiv gegen Bullen 10
- Reaktionen auf Urteil im Dennis-Prozess
und weitere Fälle von Morden durch die Polizei 11
- gegen Gentech in Zürich 14
- Hintergrundtext Brüssel (No-border-camp) 16
- Rote Flora: unverträglich glücklich 19
- Berlin on sale – nicht mit uns 21
- gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst“ 24

IHR SCHREIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.
Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns im Briefkasten sein,
per Post.

Interim, Gneiseraustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

...in gut sortierten linken Buch- oder Infoläden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jed*ch sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zu kommen lassen könnt.

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Krustadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!

Erklärung zur Durchsuchungswelle in Berliner linken Buch- und Infoläden

Was bisher geschah

Am 13. Juli 2010 erschienen Beamte des Landeskriminalamts Berlin in den Buchläden oh21 und Schwarze Risse, sowie im Infoladen M99. Sie durchsuchten die Räume nach den zuletzt erschienenen zwei Ausgaben der Szenezeitschrift Interim (Nr. 713 + 714) und beschlagnahmten die gefundenen Exemplare und die Computer. Einige der eingezogenen Arbeitsgeräte konnten erst nach drei Tagen beim LKA („Abteilung Linksextremismus“) wieder abgeholt werden.

Es war nicht das erste Mal, dass sich Justiz und Polizei macht ihrer ausübenden Gewalt Zutritt zu linken Läden und Einrichtungen verschafften und diese nach den Zeitschriften Interim, Prisma, Radikal, nach Plakaten, Flugblättern und elektronischen Daten durchsuchten. Innerhalb des letzten Jahres wurden die Läden von Schwarze Risse fünfmal, der Infoladen M99 viermal und der Buchladen oh21 und der Antifa-Laden Fusion/Red Stuff zweimal durchsucht. Weiterhin kam es im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen der Zeitschrift Prisma zu einer Hausdurchsuchung beim Domaininhaber der Internetseite projektwerkstatt.de und in Folge der staatlichen Repression zur vorübergehenden Abschaltung der Internetseite durch den Provider JPBerlin.1 Desweiteren wurden im Zusammenhang mit der Suche nach Verantwortlichen für die antimilitaristische Webseite bamm.de eine Privatwohnung in Berlin sowie die Serverräume des Berliner Internet-Providers so36.net durchsucht.2 In München wurde im Juli 2010 das Kafe Marat durchsucht, um Exemplare der Interim und Radikal zu beschlagnahmen. Bei den meisten Razzien ging es um inkriminierte Zeitschriften. Begründet wurden sie jedes Mal mit dem § 130a StGB „Anleiten zu Straftaten“ in Verbindung mit § 40 WaffnG (Verbotene Waffen inklusive des Verbots, solche herzustellen oder zur ihrer Herstellung aufzufordern).3

Buchhandlungen verstoßen gegen das Waffengesetz?

Neu an den jüngsten Durchsuchungsbeschlüssen vom 13. Juli ist, dass die Geschäftsführer der jeweiligen Buch- bzw. Infoläden als Beschuldigte aufgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Beschuldigten hätten die Ausgaben der Interim selbst ausgelegt und seien über den Inhalt informiert gewesen. Die Vorwürfe "Aufforderung zu Straftaten" und "Verstoß gegen das Waffengesetz" werden nun nicht nur gegen die Redaktion der Zeitschriften, sondern gegen die Buchhändler erhoben! Buchhändlerinnen und andere Ladenbetreiberinnen sollen verantwortlich gemacht werden für den Inhalt der von ihnen vertriebenen Schriftstücke.

Die Staatsanwaltschaft bekräftigte auf Nachfrage eines Anwalts, dass es ihr Ernst ist mit diesem Vorstoß: Sie strebt ein

Gerichtsverfahren an, das die bisherige Rechtsprechung revidieren soll. Diese geht bisher davon aus, dass Buchhändler zu wenig Kontrollmöglichkeiten haben, um die Rechtmäßigkeit der Inhalte der von ihnen angebotenen Bücher und Zeitschriften zu beurteilen; daher könne ihnen keine "Tatherrschaft" zugesprochen werden.

Wir haben es also mit einer politischen Initiative der Staatsanwaltschaft zu tun, die, so sie Erfolg haben sollte, die Möglichkeiten zur staatlichen Verfolgung von politischen Gedanken und Einstellungen ausweiten wird. So, wie der §130a keine konkrete Tat unter Strafe stellt, sondern die "Anleitung" zu einer solchen schon zur Straftat macht, wird nun versucht, vom bloßen Vorhandensein bestimmter Schriftstücke auf deren inhaltliche Befürwortung durch die Ladenbetreiber zu schließen und diese zu kriminalisieren.

Angeblich - siehe Artikel 5 Grundgesetz - findet eine Zensur nicht statt, dafür aber aktive Verunsicherung und Einschüchterung, wenn HändlerInnen und LeserInnen nicht wissen können, ob das radikale Blatt, das sie in Händen halten nicht morgen schon kriminalisiert werden wird, und sie gleich mit4.

Oliver Tolmein schrieb 1987 anlässlich der Wiedereinführung des §130a: "Erschwert werden soll dadurch die Selbstverständigung der außerparlamentarischen Opposition. Ein öffentlicher Meinungs-austausch über Aktionen soll weitgehend verhindert und zugleich der Anschein, es werde Zensur geübt, umgangen werden. So verordnet man Selbstzensur."

„Der Skandal fängt an, wenn die Polizei ihm eine Ende setzt.“

Karl Kraus

Es geht der Staatsanwaltschaft aber nicht nur um eine gerichtliche Verurteilung. Ob sie mit ihrem Schuldkonstrukt vor Gericht Erfolg haben wird, ist auch ungewiß.

Wie im Fall des §129a - "Bildung einer terroristischen Vereinigung" - haben wir es beim §130a mit einem sogenannten Ermittlungsparagrafen zu tun, dessen Zweck nicht zuletzt darin besteht die Szene zu durchleuchten, indem er u.a. die Staatsanwaltschaft dazu ermächtigt, Läden, Computer und Wohnungen durchsuchen zu lassen.

Schon hier ist das Ziel die Abschreckung. Allein die Drohung, radikale Teile der linken Opposition zu kriminalisieren, soll das Umfeld entsolidarisieren und Spaltungsprozesse fördern. Es war nie das Ziel der Durchsuchungen und Beschlagnahmungen, bestimmte Zeitschriftenausgaben möglichst vollständig aus dem Verkehr zu ziehen. Denn an vielen Orten, an denen die inkriminierten Publikationen vermutet werden könnten, ist die Polizei offiziell nicht aufgetaucht. Linke Buchläden aber sind Schnittstellen zwischen der breiten Öffentlichkeit und linken Strömungen und Subkulturen. Dadurch provozieren sie die staatlichen Repressionsorgane. Sie werden angegriffen, um Berührungängste zu verbreiten.

Für die Buchhandlungen bedeuten Durchsuchungen, beschlagnahmte Computer und gerichtliche Auseinandersetzungen zudem Extrakosten und Extraarbeit. Wir gehen davon aus, dass dieser ökonomische Druck die Bereitschaft der Buchhandlungen fördern soll, als vorgelagerte

Zensurbehörde für Szeneveröffentlichungen zu agieren.

Die einschüchternde Wirkung der Durchsuchungen mag sogar um so stärker sein, je dürftiger ihre Anlässe sind - und je häufiger sie achselzuckend und ohne öffentliche Reaktionen hingenommen werden.

"Man darf im sehr späten Kapitalismus fast alles sagen oder denken, aber nichts tun." Dietmar Dath

Die politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung linker Gruppen und Publikationen als Gewalttäter bzw. -blätter fällt auf den extremismustheoretisch genährten Boden. Als "extremistische Gefahr" werden Linke mit Rechten gleichgestellt und auf ein polizeiliches Problem für "die Mitte" der Gesellschaft reduziert.

In diesen Kontext passt auch die vom Tagesspiegel-Journalisten Hasselmann verfaßte Meldung zu den Durchsuchungen am 13. Juli 2010: "Nachdem Interim die Anleitung für den Bau einer Bombe gebracht hatte, durchsuchten Beamte die Redaktion. Auch gegen einen rechtsextremen Online-Versand in Marzahn ging die Polizei vor."

In den beschlagnahmten Zeitschriften wurden u.a. Anleitungen zum Bau eines Molotow-Cocktails, eines Brandsatzes und eine Erklärung zu einem Anschlag auf einen Geldautomaten veröffentlicht. Vorgeblich sind es solche Anleitungen zu Gewalttaten, die Polizei und Justiz auf den Plan rufen.

Aber Bauanleitungen für Molotowcocktails und Brandsätze sind in Zeiten des Internets nicht unter Verschluss zu halten, indem ein paar Zeitungen einkassiert werden.

Die Dingfestmachung der gedruckten Exemplare soll vielmehr der Selbstdarstellung der Polizei als Kämpfer gegen "linke Gewalt" Glaubwürdigkeit und Dramatik verleihen. Die Fokussierung auf "Gewalt" ist seit jeher das Mittel, um linksradikale Kritik und Praxis als Verbrechen zu diffamieren.

"Gewalt" wird vom Staat äußerst selektiv verfolgt. Kein Staatsanwalt schreitet ein, wenn die bürgerlichen Medien oder ein bürgerlicher Funktionär wie Thilo Sarrazin die Gesellschaft zur Gewalttätigkeit anleiten, indem sie Chauvinismus, Rassismus und sozialen Hass schüren.

Was ist ein Bekenner schreiben zu einem Anschlag auf einen Bankautomaten gegenüber einem System, das in immer mehr Bereichen, der Arbeit, der Schule, den Behörden und den Medien die Angst regieren lässt, mit Zwang den Status Quo im Inneren aufrecht erhält, mit Krieg Außenpolitik macht und sich auf Kosten von Menschenleben das wachsende Elend der Welt vom Leib hält?

Ob eine Äußerung als "Anleitung zu Straftaten" oder "Volksverhetzung" verstanden und verfolgt wird, hängt immer weniger von ihrem Inhalt ab, und immer mehr von dem Kontext, in dem diese Aussage getroffen wird. Die heutige Gesellschaft hat für umstürzlerische Reden und Schriften etwas übrig, solange sich der Radikalismus auf die kulturellen Spielwiesen der Feuilletons, der Theater- und Kongresssäle beschränkt. Radikale Kritik an den Verhältnissen wird dort zugelassen, wo niemand Ernst damit macht, diese Verhältnisse abzuschaffen.

An Orten aber, an denen aus Worten und Stimmen eine organisierte Kraft werden könnte, ist die Repression zur Stelle.

Linke Buchläden vertreiben Bücher, Broschüren und Flugblätter, die die politischen Verhältnisse analysieren, kritisieren und Handlungsoptionen diskutieren - aus unterschiedlichen Perspektiven, aber mit dem Ziel einer radikalen Veränderung der Gesellschaftsordnung.

Dafür sollen sie kriminalisiert werden. Von diesem Kriminalisierungsversuch müssen sich alle betroffen fühlen, "die nicht einverstanden sind, und es auch noch wagen wollten, ihr Mißfallen öffentlich kundzutun."
(O. Tolmein)

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir werden uns nicht selbst zensurieren!

Verteidigen wir unabhängige und unkontrollierte Medien!
Für eine militant demokratische linke Öffentlichkeit!

M99, oh21, Schwarze Risse

1 Auf der Seite war eine PDF-Datei mit Ausschnitten der Zeitschrift eingestellt.

2 Auf der Seite bamm.de, die bei SO36.NET gehostet ist, war ein Flyer eingestellt, der zum „Schampussaufen“ beim Tod von Bundeswehrsoldaten aufrief.

3 Im Fall der antimilitaristischen Internetseite sowie einem antimilitaristischen Flyer wurden die Maßnahmen mit „Volksverhetzung“ begründet und eine Durchsuchung im Antifa-Laden Red Stuff wg. des Blockadeaufrufs gegen den Naziaufmarsch in Dresden mit „Aufruf zu Straftaten“.

4 Es gibt noch andere Methoden der Zensur, wenn z.B. linke Publikationen - wie aktuell wieder das Gefangenen Info - mit Anzeigen wegen Verleumdung und ähnlichem überzogen werden und sie zu Geldstrafen verurteilt werden, die ihre Existenz gefährden.

Am 4. September 2009, 70 Jahre nach dem Überfall deutscher Truppen auf Polen und dem Beginn des zweiten Weltkriegs, starben am Ufer des Kundusflusses über 140 Menschen infolge eines Luftangriffes, den ein deutscher Oberst in Afghanistan anordnete. Es war das schlimmste Massaker, an dem deutsche Soldat_innen seit dem Bestehen der BRD beteiligt waren.

Anstatt dass dieser Massenmord eine Zäsur, ein Innehalten oder gar eine Abkehr von der deutschen Mitwirkung am Krieg in Afghanistan ausgelöst hätte, wurde der Einsatz der Bundeswehr weitergeführt und ausgedehnt. Warbusiness as usual.

Nur ein Minister und ein Generalinspekteur mussten gehen. Die Ermittlungen gegen Oberst Klein und seinen Fliegerleitoffizier Wilhelm stellte die Bundesanwaltschaft im Frühjahr ein, da „es sich um völkerrechtlich zulässige Kampfhandlungen, einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt handele“. Massaker sind also erlaubt, dürfen also vorkommen, Bundeswehrsoldat_innen dürfen töten und zwar nicht nur zur Selbstverteidigung oder in Notwehr. Damit verbesserte sich die Rechtssituation der Mitbürger_innen in Uniform und die bereits gängige Praxis hinsichtlich der strafrechtlichen Behandlung von Soldat_innen bei Einsätzen im Ausland wurde untermauert. Über 100 Fälle an Tötungen von Zivilist_innen durch die Bundeswehr außerhalb der BRD führten zu keinerlei Anklagen.

Die Regierung spricht nun von Krieg und möchte, dass die hiesige Bevölkerung den Soldat_innen den Rücken stärkt, ihre Wunden leckt, am Grabe Tränen vergießt, dankbar ist. Die Opfer von Kundus sind dem deutschen Staat genau 3800 Euro pro betroffener Familie wert.

Die Eskalation deutschen Engagements lässt sich am Verlauf der letzten Jahre ablesen: 2007 Entsendung von Tornados; 2008 Übernahme der Quick Reaction Force im Norden Afghanistans einhergehend mit der zunehmenden Anforderung von Luftunterstützung, in deren Folge ein deutlicher Anstieg ziviler Opfer zu verzeichnen war; Steigerung der Truppenstärke von anfangs 1200 im Jahre 2001 auf 4500 im Oktober 2008; 2009 Entsendung von AWACS Flugzeugen und offensive Änderung der Einsatzregeln („rules of engagement“), der sogenannten „Taschenkarte“. Nach dem Kundusmassaker wurde im Dezember 2009 das Bundestagsmandat verlängert. Im Februar 2010 gab es eine Neuverabschiedung und es wurde eine Erhöhung des Truppenkontingents auf 5350 Soldat_innen beschlossen. Im Frühjahr starben sieben Bundeswehrsoldaten und das Geschrei an der Heimatfront war groß. Die Armee brauche mehr Waffen, größere Waffen, tödlichere Waffen.

Da waren selbstredend die Mitglieder des **Verteidigungsausschusses** gefragt. Sie stellen eine Schnittstelle dar zwischen Politik, Wirtschaft und Bundeswehr. Als Rüstungslobbyist_innen sitzen sie u.a. im „Förderkreis Deutsches Heer“ oder in der „Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik“ und pflegen die Kontakte zu den Waffenschmieden der Nation. Mit ihren Kolleg_innen aus dem Haushaltsausschuss bemühen sie sich, dass die Milliardenaufträge an Krauss-Maffei Wegmann, EADS und Thyssen Krupp weiter fließen und die Kassen klingeln. Hubschrauber, Panzerhaubitze 2000, Dingo, Marder, Wolf und Fuchs – all das und noch viel mehr sollen der Bundeswehr siegen helfen.

Als Fachmänner und Fachfrauen für den Krieg schwören die Mitglieder des Verteidigungsausschusses ihre jeweiligen Fraktionen darauf ein, das Mandat der Parlamentsarmee zu verlängern. Der Verteidigungsexperte der SPD, *Dr. Hans Peter Bartels*, seit 1998 im Ausschuss tätig und in Kiel als Lobbyist für maritime Rüstung bekannt, kündigte an, die Bundesregierung im März 2011 bei einer weiteren Mandatsverlängerung unterstützen zu wollen. Dies wäre notwendig, auch wenn die Beteiligung der KSK an den Killereinsätzen der Task Force 373 und eine Aufforderung von ISAF Kommandeur Petraeus an seine Kombattant_innen „jagt den Feind ohne Unterlass, rammt eure Zähne gemeinsam mit den afghanischen Partnern in ihr Fleisch und lasst nicht mehr los!“ ihm Kopfschmerzen bereite.

Ab und an fliegen Verteidigungsausschüssler_innen selbst in die Kampfgebiete, um sich „ein Bild

zu machen“ und Schultern zu klopfen, wie im April 2010.

Der **Wehrbeauftragte** des deutschen Bundestages, „der Anwalt der Soldat_innen“, fungiert ebenfalls als parlamentarischer Propagandist und Waffenbeschaffer für die Bundeswehr. Der aktuelle Amtsinhaber *Hellmut Georg Richard „Kanonenrohr“ Königshaus*, gerne geschmückt mit der „gelben Schleife“ (support our troops!), schließt sich nahtlos den Forderungen seiner Kolleg_innen aus dem Ausschuss nach besserer Bewaffnung an. Er war bis zu seiner Ernennung selbst Mitglied diese Gremiums. Mit seiner Forderung nach dem Einsatz von Leopard 2 Panzern in den „deutschen“ Kampfgebieten („wer in das Kanonenrohr eines Leopard 2 schaut, überlegt sich zweimal, ob er eine Patrouille angreift“) erntete er Hohn aus militärischen Kreisen, da diese Waffe nicht für den deutschen Einsatz taugt. Ihm ging es nach eigener Auskunft hauptsächlich um eine „Enttabuisierung schwerer Waffen“. Königshaus war Personaloffizier bei der Luftwaffe und ist Oberleutnant der Reserve. Für die FDP war er Chefaufklärer im Kundusuntersuchungsausschuss (und das das seine dazu beigetragen, das Massaker zu verschleiern).

In Anbetracht der Tatsache, dass jeder Krieg auch an der „Heimatfront“ entscheiden wird, d.h. An der Zustimmung für oder dem Widerstand gegen den Krieg, reagieren die deutschen Kriegsverfechter_innen gereizt auf eine antimilitaristische Bewegung, die in letzter Zeit zunehmend mit Rückenwind agiert und an Schlagkraft und Sympathie gewinnt.

Königshaus Vorgänger Robbe hat die Initiative „Solidarität mit Soldaten“ gestartet, die sich das Wohl von Soldat_innen, die im Ausland gewesen sind, zum Ziel gesetzt. Er plant die Veranstaltung von „Veteranentagen“ sowie den kostenlosen Besuch der „Veteranenfamilien“ in Fußballstadien. Das fröhliche Motto „feste feiern, wie sie fallen!“ (gemünzt auf die gruseligen „Totenfeiern“ für tote Bundeswehrsoldaten) provozierte Königshaus zu der Aussage, dass es sich bei den Kriegsgegner_innen um „Wirrköpfe und angebliche Antimilitaristen“ handele. Er sprach von einer gezielten Strategie der Verunsicherung den Bundeswehrsoldat_innen gegenüber, die sich nicht mehr trauen würden, ihren wahren Namen in den Medien kundzutun, da sie Einbrüche in ihre Häuser, Schmähungen und Angriffe befürchteten.

Heute haben Antimilitarist_innen bei Hellmut Georg Richard **Königshaus** (Holtheimer Weg 9a, Berlin) und bei seinen Kameraden aus dem Verteidigungsausschuss Hans Peter **Bartels** (Kiel) und Burkhardt **Müller-Sönksen** (Bernwardkoppel 37, Hamburg) an die Tür geklopft. Nachahmungen gegen alle Krieger_innen, Lobbyist_innen etc. sind dringend erwünscht.

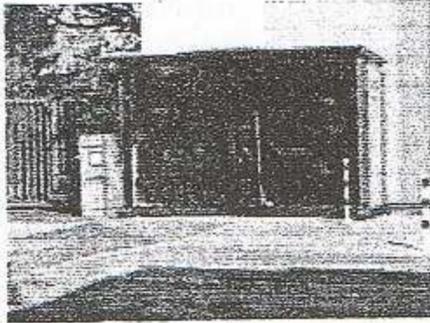
AG „Arschkarte für die Taschenkarte“

Berliner Zeitung · Nummer 202 · Dienstag, 31. August 2010

ANSCHLAG. Auf das Wohnhaus des Wehrbeauftragten des Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), ist in der Nacht zu gestern ein Anschlag verübt worden. Unbekannte hatten Farbbeutel gegen die Fassade des Gebäudes im Holtheimer Weg in Lichterfelde geworfen. Ein Bekenner schreiben ist nicht eingegangen. Der Staatsschutz ermittelt.

DHL erneut im antimilitaristischen Visier ?

resist war 30.08.2010 18:03 Themen: Militarismus



In verschiedenen Städten, darunter in Berlin, Köln, Tübingen und Wuppertal wurden in der letzten Woche zahlreiche Paketstationen umlackiert und die Deutsche Post DHL als weiterhin amtierende Deutsche Heeres Logistik gekennzeichnet.

Das Kriegsgeschäft brummt. Für viele Unternehmen ist das vielschichtige Geschäft mit dem Krieg das zentrale Zugpferd in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit. Das gilt auch aktuell, wo die Produktion in manchen Branchen (zunächst) wieder anzieht. Aber was hat das mit der Deutschen Post zu tun - war die DHL nicht längst „ausgestiegen“ aus dem Kriegsgeschäft?

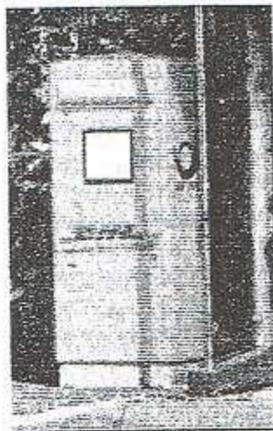
Erinnern wir uns: Im November letzten Jahres zog die DHL ihre Bewerbung um den Milliardenauftrag der Bundeswehr zurück. „Die mit dem Auftrag verbundenen Risiken galten als zu groß“ (!) Es verblieben zunächst nur noch zwei Bewerber im Rennen um den Zehn-Jahresauftrag: (A) ein Gemeinschaftsunternehmen aus dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS und dem Logistikunternehmen Hellmann sowie (B) die Deutsche Bahn Tochter DB Schenker in Kooperation mit dem Rüstungsspezialunternehmen ESG. Im Frühjahr diesen Jahres sollte feststehen, wer künftig 16 Materiallager mit rund 2000 zivilen Bundeswehr-Angestellten betreibt und den weltweiten Transport der Bundeswehr-Kriegsgüter in die nächsten Auslandseinsätze übernimmt. Der Startschuss für die Übergabe sollte bereits zum 1. Juli erfolgen.

Doch die Guttenbergschen Transformationspläne für die Bundeswehr stellen die Auswahl und Anzahl der Logistikzentren in Frage und werfen damit die Vertragskonditionen für den umfassenden Kriegshilfeauftrag über den Haufen. Die Ausschreibung muss neu erfolgen. Fest steht lediglich, dass einem neuen Auftrag noch größere Bedeutung zukommen wird, denn trotz Reduzierung der Truppenstärke sollen mehr SoldatInnen der Bundeswehr an mehr Auslandseinsätzen beteiligt sein. Mehr Flexibilität, mehr Kriegseinsätze, mehr Kriegslogistik.

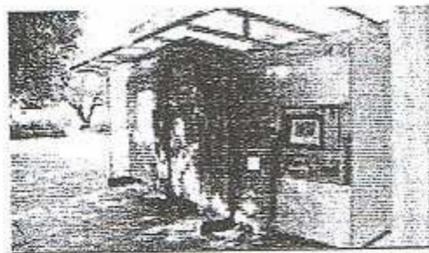
Doch die Neuformulierung des Logistikauftrags wird noch eine Weile auf sich warten lassen. Die Pläne für eine tief greifende Restrukturierung des Bundeswehrapparats liegen zwar auf dem Tisch. Auf der militärischen Führungsebene reagiert man mit jedoch mit Widerwillen auf die „zu radikalen“ Transformationsabsichten. Möglichst weitgehende Bestandssicherung für den „eigenen“ Truppenteil lautet die Devise und das sorgt für innere Reibung beim Kürzungsvorhaben.

Derweil ist hinsichtlich der laufenden Kriege alles beim alten. Die DHL versorgt sowohl die Bundeswehr als auch die anderen NATO-Truppen mit Ausrüstung und Kriegsgerät in Afghanistan und ist ebenfalls im Irak größter Kriegs- und „Wiederaufbau-“ Logistiker. Die Verträge der Deutschen Post DHL mit der Bundeswehr über die Lieferung leichter Ausrüstung sowie der Feldpost bestehen ebenso weiter wie das Großkunden-Ressort „Military Affairs“. Ein Ausstieg aus dem Kriegsgeschäft sieht anders aus!

Die Karten für einer weitere Privatisierung der Kriegslogistik sind neu gemischt !
(Bereits vor einem neuen Vergabeverfahren) DHL weiter auf die Finger (sc)hauen !



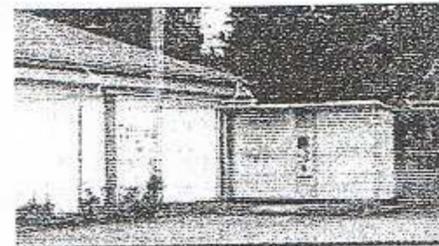
in Wuppertal



eine von vielen in Berlin



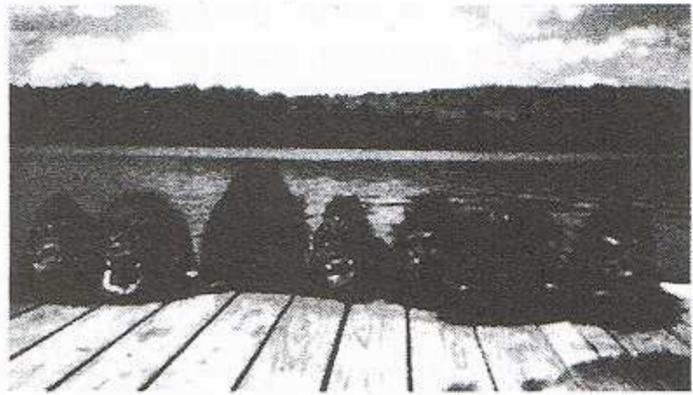
in Köln



in Tübingen

Aus dem Mittelgebirge des Limousin

In diesem Sommer trafen sich 200 Leute für eine Woche in Tarnac. Aus ihren Diskussionen entstand, unter anderem, folgende Erklärung:



Er steht auf und sagt: "Aufstandsbekämpfung ist nicht nur die Einsatzdoktrin der westlichen Armeen in Afghanistan, sie ist die eigentliche Natur jeder Regierung. Das In-Umlauf-Bringen von diesem oder jenem Element der Sprache, des Urbanismus, der organisierten Zerstreuung, der Fabeln der Wirtschaft, alles entspringt der Befürchtung, die Kontrolle über die Bevölkerungen zu verlieren." Sie antwortet: "Bei uns hat die Regierung derart Angst, dass die Leute in der Krise anfangen, sich selbst zu organisieren, dass sie die Arbeitslosen zwingt kostenlose Fahrradwerkstätten zu betreiben, gebrauchte Gegenstände zu recyceln und mit der Polizei zu patrouillieren. Das Territorium wird präventiv besetzt."

Einige Stunden danach, eine Ofenladung Brot später, ein weiterer: "Was mich seit Herbst 2008 erstaunt, ist, dass eine solche Krise des Kapitalismus bis heute so wenig Bewegungen hervor gebracht hat, außer in Griechenland. Vor zehn Jahren gab es eine ganze "Anti-Globalisierungs-Bewegung", die das System angriff, als es ihm noch gut ging, und jetzt, da alles dieser Bewegung Recht gibt, gibt es nichts, was sich erhebt und so wenig, das versucht wird. Dass jeder sich in diesen Momenten an seiner bedrohten sozialen Stellung festklammert ist nachvollziehbar, nicht aber, dass Militante und Aktivisten sich bequem in ihrer minoritären sozialen Rolle einrichten, dass sie, anstatt sich mit ihrer plötzlichen Lähmung auseinanderzusetzen, lieber denken, dass alles ihnen Recht gibt und dass sie nur damit fortfahren müssen, ihre radikale Haltung auf spezialisierten Webseiten weiter zu verfeinern oder auf der Terrasse angesagter Kneipen an ihrem Bier zu nippen. Das genau kann ich echt nicht fassen."

Eine andere: "Es gibt kein Geld mehr, es gibt keine Arbeit mehr. Das einzige, was jetzt zu tun ist, besteht darin, uns die Techniken und Mittel des Überlebens anzueignen, nicht nur, um zu überleben, sondern um zu siegen. Es stimmt, es gibt eine globale Polizei, die bezahlt wird, jene immense Traurigkeit zu beschützen, die den Namen "Wirtschaft" erhielt und jene Art von Verschwörung der Dummheiten, die "Kapitalismus" genannt wird. Es ist offensichtlich eine groß angelegte semantische Operation, diejenigen als "Terroristen" zu bezeichnen, die noch den Mut haben sich international zu treffen, um Antworten zu suchen auf die Fragen, die sich alle Welt stellt. Doch isoliert, jeder für sich alleine. Was kann man tun, um sich nicht von der Politik aushungern zu lassen? Wie können wir die weltweit ineinandergreifende Polizeimaschinerie zerlegen? Man kann uns als Terroristen behandeln, das bringt nichts. Offensichtlich gibt es kein "uns". Wer immer sich treffen würde, wie wir dieser Tage, würde sich die selben Fragen stellen und käme zweifellos zu den selben Antworten."

Zwei Punkte: Auf keinen Fall dürfen wir konstituierende Versammlungen einberufen, es gilt, überall lokale Versammlungen zu schaffen, um den Strukturen und Dispositiven der Macht alles zu entreißen, was das Leben ermöglicht - und das sie gefangen halten: Die materiellen Mittel ebenso wie das Vermögen zu kommunizieren, auch die Fähigkeit uns zu verteidigen. Unser Leben ist der Rohstoff ihrer Macht. Wenn wir es uns zurückholen, wenn wir aufhören, um Erlaubnis zu fragen, wenn wir unsere Angelegenheiten selbst regeln, wenn wir uns auf Augenhöhe organisieren, um die Abhängigkeiten zu brechen, die uns fertigmachen, dann kann kein Kampf gegen den herrschenden Wahnsinn mehr auf die Selbstverwaltung des Elends reduziert werden."

Und dieser da vorne, der gerade angekommen ist: "Wenn man sich die Wirtschafts-Zyklen des Okzident anschaut, stellt man fest, dass sie im Abwechseln von Krise und Aufschwung bestehen, von immer stärkerer Krise und immer schwächerem Aufschwung. Der aktuelle Zusammenbruch ist nicht den Umständen geschuldet, er ist nachhaltig."

Und sie, die am letzten Tag sagt: "Wir müssen ein Kommuniqué schreiben, um all denen in der Welt, die nicht resignieren vor dem Horizont des Desasters, zu sagen, dass wir uns getroffen haben, dass wir uns nicht der Angst ergeben, dass die Einschüchterungskampagnen die unter dem Deckmantel des Anti-Terrorismus geführt werden, sich letzten Endes in der Groteske verlieren, dass es an der Zeit ist, jede defensive Position zu verlassen."

Es ist eine seltsame Versammlung. Zweihundert Menschen, Leute von überall, von überall in Europa und von weiter her noch. Schwer zu sagen, was sie gerade dort zusammenführt, in Tarnac, für diese Woche der Arbeiten, der Diskussionen in allen möglichen Sprachen und des Feierns, für diese Woche gemeinschaftlichen Lebens, eifrig, beschwipst und voller Freude. Man muss ein bisschen verrückt sein, unerschütterliches Vertrauen haben in die Zukunft der Revolte oder komplett scheißen auf die Machenschaften der Polizei, um zu entscheiden sich dort zu treffen, an einem der verbranntesten Orte Frankreichs, und sich dort ernsthaft über revolutionäre Möglichkeiten der Gegenwart auszutauschen. Das ist es also, was wir gemacht haben. Wir wissen, dass eine neue Welle von Verhaftungen vorbereitet wird unter jenen, die Nachrichtendienste und schlecht informierte Leute "l'ultra-gauche" nennen. Wir lassen uns weder in die Klandestinität noch in die Harmlosigkeit drängen. Unsere Beweggründe sind in allen Köpfen, und unsere Bestrebungen in allen Herzen.

Aus der Tiefe der Scheune fügt eine Stimme hinzu: "Ihr bekämpft uns, ihr stärkt uns. Ihr bekämpft uns nicht, wir stärken uns. Herren der Welt, ihr seid durch."

aus dem französischen

<http://juralibertaire.over-blog.com/article-depuis-les-moyennes-montagnes-du-limousin-55885654.html>

Vor einigen Jahren wurde von ein paar menschen angefangen, die regelmässigen bullenübergriffe, nachts mit kleineren aktion zu beantworten. Anfangs wurden mülltonnen an dezentralen orten zu barrikaden umfunktioniert und diese angezündet oder banken eingeworfen. Dieses konzept wurde schnell aufgegriffen und ausgebaut, und das flambieren von benzkarren und firmenwagen kam hinzu. Diese aktionen wurden in der presse oder von den bullen oft auch im zusammenhang mit vorgegangenen aktion gestellt. Nach jedem übergriff seitens der staatsmacht, ein angriff auf eine party oder demo, oder einer razzia war klar es wird eine nächtliche reaktion geben. Unter anderem auch aus diesem aktionskonzept entwickelte sich dann eine neuauflage der wagensportliga und weiteren militanten angriffen. Es verging kaum ein nacht ohne ausgebrannte autos oder anderer autonomer intervention. Seitdem sind nacht in bestimmten gegenden nobelkarossen und firmenwagen kaum noch zu sehen. Bei dem flambieren kam es manchmal zu kolleteralschäden, die hätten vermieden werden können. Es sollte sich überlegt werden ob es wirklich notwendig ist ein auto gleich abzufackeln. Manchmal reicht es aus, das auto tieferzulegen und eine nette botschaft im lack zu hinterlassen.

Das konzept auf bullenübergriffe zu reagieren ist im moment ein wenig abgebbt, aber es wäre eine grosse freude, wenn diese idee wiederbelebt wird. Dafür ist es manchmal sehr hilfreich sich nicht erst an dem tag des bullenangriffs sich etwas zu überlegen. Dann muss der frust und die wut auch nicht in der nächsten kneipe oder im eigenen kopfkissen bekämpft werden.

Dieses schreiben wurde maschinell erstellt und ist auch ohne unterschrift gültig.

Berlin

„Mörder“-Rufe und Pfefferspray

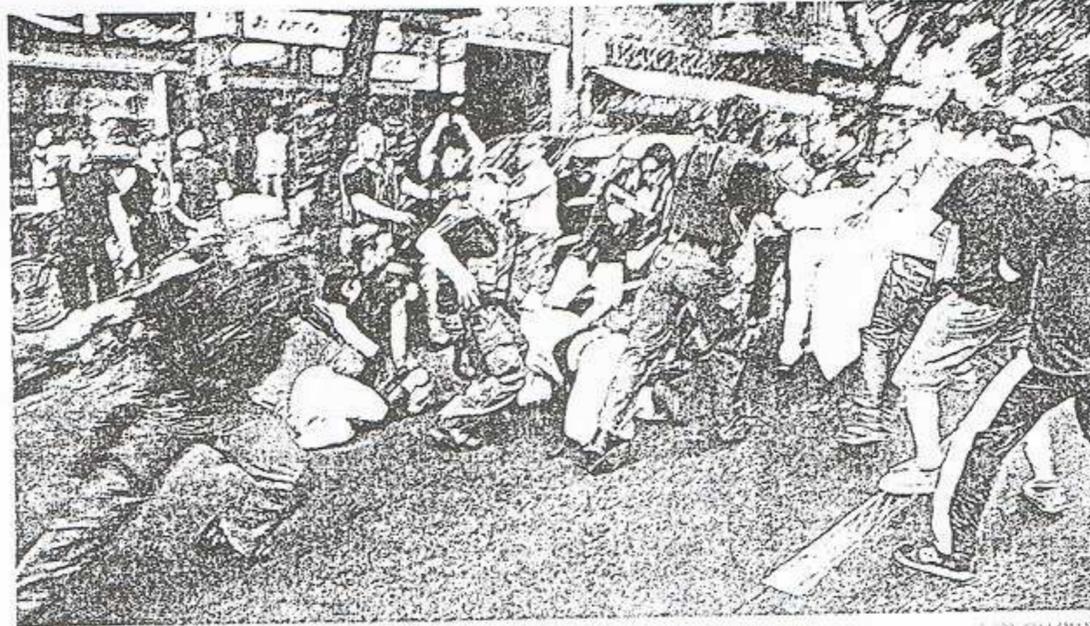
Freunde und Angehörige von Dennis J., der von einem Polizisten erschossen wurde, protestieren gegen das Urteil

VON ANDREAS KOPIETZ

Das Urteil gegen drei Berliner Polizisten im Schönfließ-Prozess hat zu Tumulten im Gerichtssaal und auf der Straße geführt. Polizisten gingen am Sonnabendabend in Neukölln gegen eine Menschenmenge vor, die gegen die nach ihrer Meinung zu milden Urteile des Landgerichts Neuruppin protestiert hatten. Etwa 150 Freunde und Angehörige des erschossenen Dennis J. hatten sich am Hermannplatz zu einer Kundgebung versammelt.

Der 26-jährige Autodieb aus Neukölln war am Silvesterabend 2008 von einem Berliner Polizisten im brandenburgischen Schönfließ bei dem Versuch ihn festzunehmen, erschossen worden. Mit Sprechhören und Plakaten forderten die Demonstranten Gerechtigkeit. Als die Menge zum Kottbuser Tor ziehen wollte, kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizisten, wobei Steine und Flaschen flogen. Die Beamten gingen mit Schlagstöcken und Pfefferspray vor. Sieben Demonstranten wurden festgenommen.

Der 37-jährige Polizeikommissar vom Charlottenburger Abschnitt 25 war am Mittag vom Landgericht Neuruppin wegen Totschlags in einem münderschweren Fall zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Seine beiden Kollegen, erhielten wegen Strafvereite-



Mit Schlagstöcken ging die Polizei gegen Angehörige und Freunde des erschossenen Dennis J. vor.

lung Geldstrafen von 10 800 und 8 400 Euro. Die Verteidiger kündigten Berufung beim Oberlandesgericht an. Sie wollen Freispruch. Nach der Urteilsverkündung kam es im Gerichtssaal zu lauten Unmutsbekundungen durch Angehörige und Freunde von Dennis J. Es gab „Mörder“-Rufe und Gerangel mit Ordnern und Polizisten.

Sollten die Urteile rechtskräftig werden, wird der Todesschütze aus dem Polizeidienst entfernt. Auch für seine Kollegen dürften die Urteile dienstrechtliche Konsequenzen bis hin zum Rauswurf haben.

„Wer einen solchen Schuss in den Oberkörper seines Gegners abgibt, nimmt dessen Tod in Kauf“, begründete Richter Gert Wegner

das Urteil. Weder der tödliche Schuss noch die anderen sieben Schüsse auf das Auto seien zu rechtfertigen. Eine konkrete Gefahr habe weder für den Kommissar noch für dessen Kollegen bestanden. Der Polizist habe in der brenzligen Situation „in einem Zustand von Schrecken, Angst, Furcht und Stress geschossen“, sagt Wegner. Er habe den

Gesuchten bei dessen Fluchtversuch mit dem Auto auf der Stelle stoppen wollen. „Koste es auch sein Leben“. Diesen Entschluss habe er in Sekundenbruchteilen gefasst und umgesetzt. Der Schuss sei zur Fluchtverhinderung eines unbewaffneten Kleinkriminellen keinesfalls erlaubt gewesen.

Die beiden Kollegen des Kommissars hätten aus einem „Korpsgeist“ heraus gezielt gelogen und behauptet, von den Schüssen fast nichts mitbekommen zu haben. Die beiden Männer hätten die Fahrbewegungen des Autos übereinstimmend und den Spuren entsprechend beschrieben. „Nur bei den belastenden Dingen fehlten Ihnen angeblich die Wahrnehmungen.“

„Wenn ein Mensch durch das Handeln eines Polizeibeamten ums Leben kommt und eine Anklage wegen Totschlags beziehungsweise versuchter Strafvereitelung die Folge ist, entsteht unvermeidlich ein Ansehenschaden“, sagte Polizeipräsident Dieter Glietsch gestern der Berliner Zeitung. „Das Image der Berliner Polizei wird nach meiner Überzeugung aber nicht nachhaltig darunter leiden, weil die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrer großen Mehrheit eine Meinung über den konkreten Einzelfall bilden und nicht etwa ein Pauschalurteil über die Berliner Polizei fällen, deren Arbeit sie schätzen und zu der sie Vertrauen haben.“

Dienstag, 13. Juli 2010

Für Krawall ist Chaoten jeder Anlass recht

50 Vermummte randalierten in Neukölln. Grund war offenbar das umstrittene Urteil gegen den Polizisten, der einen Mann im Dienst erschossen hatte

Randale unter fragwürdigem Vorwand: Rund 50 teils vermummte Chaoten hinterließen in der Nacht zu Montag eine Spur der Verwüstung rund um den Neuköllner Hermannplatz. Anlass könnte das Urteil im Fall um die Todesschüsse auf den Neuköllner Dennis J. (†26) gewesen sein. Denn die Gruppe zog lautstark „Dennis J. – das war Mord!“ skandierend durch die Weserstraße in Richtung Kottbuser Damm. Böller explodierten, Pflastersteine hagelten gegen Scheiben zweier Bankfilialen. In der Lenastraße wur-

den zwei Autos demoliert, unter anderem eines der Deutschen Bahn. Als die Polizei anrückte war der Spuk vorbei – die Randallierer waren weg. Der Polizeiliche Staatsschutz prüft jetzt, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zum Schönfließ-Urteil gibt. Acht Tage zuvor waren im Prozess um die Todesschüsse zu Silvester 2008 der Berliner Polizist Reinhard R. (36) und zwei Kollegen verurteilt worden. Trotz einer zweijährigen Haftstrafe blieb der Beamte, der Dennis J. erschoss, auf freiem Fuß (s.2. Berichtete).

Mit Böllern und bengalischen Fackeln zogen die Randallierer durch Neukölln



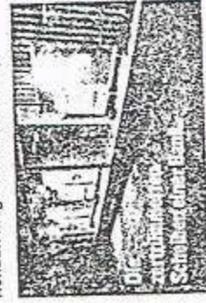
Auch an diesem Mietwagen der Deutschen Bahn wurden die Scheiben eingeschlagen

FOTOS: STEFFEN TOSCHELNER, B. ÖRN KIEZMANN

Neukölln brutal: Steine flogen und Autos brannte



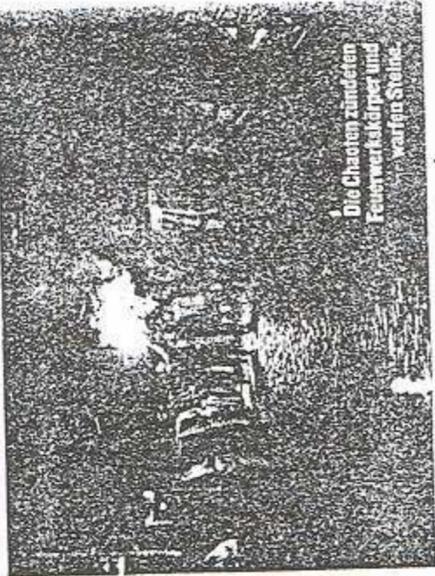
Feuerwehrmänner löschten den Renault Mégane. Totalschaden!



Die Chaoten zündeten Feuerwerkkörper und warfen Steine

Demo um erschossenen Dennis eskalierte

Neukölln - Eine Chaoten- machen ihrer Wut im Bauch Nacht, in der Steine und Feuer- richtig Luft.
werkkörper flogen, in der viel Die Scheiben zweier Bankfilialen wurden eingeworfen, die Fenster zweier in der Lehnaustraße geparkten Autos der Deutschen Bahn, wurden zertrümmert.
Um 3 Uhr brannte ein Renault Mégane in der Emser Straße, zuvor ging in Tempelhof ein Renault Laguna in Flammen auf. Ob es einen Zusammenhang gibt, ist unklar. KEF



Die Chaoten zündeten Feuerwerkkörper und warfen Steine

die erklärung zur aktion im reuterkiez/ kottbuser damm gibts auf dem directaction blog nachzulesen, hier nun einige infos zur ausrichtung. als ort wurde ein viertel mit hoher belastung durch polizeistreifen gewählt. nordneukölln soll von jugendgangs, migranten und harz verlierer_innen gesäubert weden. dazu fahren die bullen in kurzem rythmus durch. es wird von einer relativ kritischen einstellung der anwohner_innen zur polizei ausgegangen, deshalb gab es auch keine randale gegen beliebige fahrzeuge oder kneipen/ fressläden. die leute sollten nicht verprellt werden. die inhaltliche bestimmung wurde durch parolen und flyer eindeutig rübergebracht, es gab mehrfach zustimmung von passanten. es bestand die erwartung das schnell eine streife auftaucht, die platt gemacht werden sollte. um das zu beschleunigen aber auch um mediale aufmerksamkeit zu erregen wurden dann zwei banken, ein bahn auto und ne luxuskarre eingeworfen. die bullen hielten sich fern und sammelten sich mit acht wannen am kotti bevor sie auftauchten. dieser übermacht entzogen sich alle erfolgreich. die botschaft das ein mord durch bullen nicht mehr lautlos geschluckt wird, hat die öffentlichkeit erreicht - darauf kann aufgebaut werden. gut war auch mit relativ vielen leuten zu agieren ohne das es verluste oder sinnlose zerstörungen gab.

Schwere nächtliche Ausschreitungen in Neukölln

Täter werfen Scheiben an Banken und Autos ein

■ VON PETER OLDENBURGER UND MAREN WITTE

Ein bisher unbekanntes, vermutlich links-extremistisches Aktionsbündnis hat sich in einer E-Mail an diese Zeitung zu Ausschreitungen in Neukölln bekannt, bei denen in der Nacht zu gestern erheblicher Schaden entstanden ist. Etwa 30 bis 50 Randalierer zogen durch den Kiez am Hermannplatz, schleuderten Steine gegen die Scheiben von zwei Bankfilialen und mehrere geparkte Autos. Die Täter zündeten Feuerwerkkörper und skandierten Parolen. Die Gruppe flüchte unerkannt.

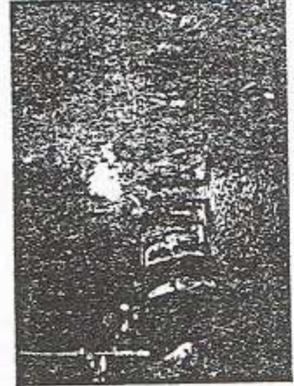
In ihrem Schreiben nehmen die Absender Bezug auf die Gerichtsverhandlung und das Urteil des Landgerichts Neuprin gegen einen Berliner Polizisten, der in der Silvesternacht 2008 in Schönfließ (Oberhavel) acht Schüsse auf den 26 Jahre alten Intensivtäter Dennis J. aus Neukölln abgab, als dieser mit einem gestohlenen Wagen vor seiner Festnahme flüchten wollte. J. wurde tödlich verletzt.

Das Landgericht hatte am 3. Juli den Berliner Polizisten zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Das Gericht wertete den Vorgang als fotschlag in einem minderschweren Fall, äußerte aber massive Zweifel an dem Geschehen in der Silvesternacht und dem Einsatz an zweier Polizisten, die bei dem Einsatz anwesend waren. Bereits im Gerichtssaal war es zu heftigen Tumulten gekommen.

Wenige Stunden später folgte am Hermannplatz eine illegale Kundgebung mit 100 Teilnehmern, bei der Polizisten mit Flaschen beworfen wurden. Die Beamten reagierten darauf mit dem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Sieben Angreifer wurden festgenommen, fünf Polizisten leicht verletzt.

In der Nacht zu Montag kam es jetzt erneut zu Ausschreitungen. Die Täter zogen gegen 23.15 Uhr von der Weserstraße zum Kottbuser Damm. Mit Pflastersteinen zerstörten sie sieben Scheiben einer Commerzbank-Filiale, brüllten Parolen wie „Dennis J., das war Mord“ und zündeten Feuerwerkkörper. Danach warfen die Unbekannten nach Polizeiangaben zehn Fenster einer Volksbank am Kottbuser Damm ein und zertrümmerte an der Lehnaustraße die Scheiben von zwei Autos. Eine Sofortfahndung blieb ohne Erfolg.

In der Bekemmer-Mail werden die nächtlichen Ausschreitungen als „Rache für Dennis“ und dessen Tod als „Mord“ bezeichnet. Die Verfasser nennen sich „Aktionsgruppe Carlo Giuliani“ – nach einem Demonstranten, der 2001 während der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genäna durch Schussverletzungen ums Leben gekommen war. Eine fundierte Analyse der Mail durch den Staatsschutz stehen noch aus. Die Wortwahl lässt die Justiz jedoch einen links-extremistischen Hintergrund vermuten. pol/mtt



Grölende Täter randalieren im Kiez am Hermannplatz

Rätsel um Tod bei Polizeieinsatz

Nach dem Tod eines 32-Jährigen in Schöneberg im Verlauf eines Polizeieinsatzes suchen Gerichtsmediziner der Charité nach der Todesursache. Ein Experte hält Pfefferspray für den möglichen Grund.

Am Montag war die Obduktion des Leichnams bereits abgeschlossen, die Mediziner waren aber noch damit beschäftigt, die Krankenakten des Toten auszuwerten, um einem Hinweis auf eine Vorerkrankung nachzugehen. Details zu den Ergebnissen wollte die Polizei mit Verweis auf die laufende Untersuchung noch nicht mitteilen. Wie bei Polizeieinsätzen mit Todesfällen üblich, hat sich eine Mordkommission in den Fall eingeschaltet. „Gegen drei Beamte wird wegen Körperverletzung im Amt mit Todesfolge ermittelt“, bestätigte ein Sprecher.

Wie berichtet, war die Polizei am Sonntag gegen 4:30 Uhr von der 30-jährigen Schwester des Mannes alarmiert worden, weil dieser ihre Eltern und sie selbst in der gemeinsamen Wohnung in der Elßholzstraße bedrohte und anschrie. Die Beamten drängten den Mann auf die Straße und erteilten ihm einen Platzverweis. Als die Beamten das Haus später verlassen wollten, wartete der Mann im Flur. Mit Schlägen und Tritten ging der unter Drogeninfluss stehende Angreifer auf die Polizisten los. Diese versuchten ihn erfolglos mit Pfefferspray außer Gefecht zu setzen. Erst gemeinsam mit hinzugerufenen Kollegen konnte der 30-Jährige überwältigt werden, stürzte dabei aber eine Treppe hinab und verletzte sich. Auch vier Polizisten wurden verletzt. Bevor der Notarzt eintraf, hörte der Randalierer plötzlich auf zu atmen. Trotz sofortiger Reanimation starb er später im Krankenhaus.

Die Eltern von S. wohnen in Schöneberg. Am 28. Februar kommt es dort zu einem Familienstreit. Die Polizei erteilt S. einen Platzverweis für die elterliche Wohnung. Diesem kommt S. jedoch nicht nach. Daraufhin sprüht ein Beamter S. mit Pfefferspray aus kurzer Entfernung ins Gesicht. Ein anderer Polizist rammt S. dreimal den Ellenbogen gegen Hals und Kiefer. Von mehreren Beamten, die pausenlos auf ihn einschlagen, wird S. zu Boden gebracht und gefesselt. Die Beamten springen auf den gefesselten Körper. Durch den Lärm kommen Nachbarn aus ihren Wohnungen, die Auseinandersetzung spielt sich im Treppenhaus ab. Die Beamten setzen Pfefferspray gegen die Nachbarn ein, können aber nicht verhindern das einige doch etwas sehen können. S. wird die vier Stufen einer Treppe runtergeworfen, danach gibt er keine Lebenszeichen mehr von sich. Die Beamten fragen Nachbarn in drohendem Tonfall ob sie etwas mitbekommen haben. Die Leute sind eingeschüchtert und schweigen. Am nächsten Tag werden die Geräte von S. ausgeschaltet und eine absurde Presseerklärung veröffentlicht. Als Todesursache werden innerer Blutungen von allen Organen angegeben jedoch ohne äusserliche Spuren von Gewalteinwirkung. Ein weiterer Mord durch die Berliner Polizei.

24.06.2010 | 27 Kommentare

MÖGLICHE WECHSELWIRKUNG MIT DROGEN

Erneut Toter nach Pfefferspray-Einsatz

In Dortmund ist ein Mann gestorben, nachdem er von Polizeibeamten mit Pfefferspray zu Boden gebracht wurde. Zuvor hatte er Kokain konsumiert. VON PAUL WRUSCH

BERLIN taz | Ein 32-jähriger Türke ist am Mittwoch nach einem Polizeieinsatz, bei dem Pfefferspray benutzt wurde, in Dortmund verstorben. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, hatte der Mann zuvor Kokain konsumiert. Die Obduktion am Donnerstagnachmittag ergab, dass der Mann an einem Multorganversagen starb.

Dortmunds Oberstaatsanwältin Ina Holznagel erklärte, dass der Pfefferspray-Einsatz damit nicht allein ursächlich für den Tod war. Als Auslöser könne ein Zusammenwirkung von Kokain, Atemstillstand und eine Atemwegsinfektion sein. "Auch das Pfefferspray könne zum Kreislaufschock beigetragen haben", sagte Holznagel. Die Obduktion ergab keine Hinweise auf übermäßige Gewalt beim Polizeieinsatz.

Der Mann besuchte Dienstagabend seine ehemalige Lebensgefährtin, verließ die Wohnung, „randalierte und schrie auf der Straße herum“, sagte Ina Holznagel taz.de. Anwohner verständigten Polizei und Sanitäter. Nach Angaben von Holznagel bedrängte der Mann die Sanitäter. Den Polizeibeamten gelang es nach eigenen Angaben nicht, ihn zu beruhigen. Um ihn zu Boden zu bringen, setzten sie Pfefferspray ein. Auf dem Weg zum Krankenwagen kollabierte der 32-Jährige, wurde reanimiert, verstarb aber am Mittwochnachmittag im Krankenhaus.

Noch am Abend versammelten sich vor der Dortmunder Polizeiwache in Mengede etwa 50 zumeist türkische Mitbürger, die in einer „insgesamt gegen die Polizei gerichteten aggressiven Grundst. Parolen skandierten“, heißt es in der Pressemitteilung der Polizei. Soll etwa „Mörder, Mörder“-Rufe gegeben haben. Zu Übergreif es nicht.

Sabotage-Akte auf ETH-Professor verübt

Zürich: Gentech-Gegner haben mehrere Sabotage-Akte gegen einen ETH-Professor verübt. In der Nacht vom 28. auf den 29. Juni wurde das Auto seiner Frau und das Motorrad seiner Tochter mit Farblöschern und Aceton-haltigen Mitteln beschädigt, sowie sein mit der Parole «No GMO» (Nein zu gentechnisch veränderten Organismen) versprüht. Der Sachschaden beträgt gegen 20.000 Franken. «Ich bin schockiert, dass wissenschaftliche Forschung auf diese Art und Weise attackiert wird», sagt K.L. (Name der Redaktion bekannt; d.Abschr.: uns Gentech-GegnerInnen offensichtlich auch), der im Rahmen eines nationalen Forschungsprogramms Feldversuche mit gentechnisch verändertem Weizen durchführt. Der besorgte Familienvater hat inzwischen Anzeige erstattet.

Derweilen Prahlen die Täter auf Indymedia.org, einer Plattform linker Aktivisten, mit ihrer Tat: «Inspiriert von der Sabotage-Aktion gegen das Gentech-Versuchsfeld in Pully haben wir uns entschlossen, den Kampf gegen Gentechnologie weiterzuführen.» Professor K.L.: «Solche radikale Organisationen sollten in unserer Demokratie keinen Platz haben.»

(der Abschreiber: Bravo Dummkopp! Wer will diesen "Platz" in seiner "Demokratie" des "wissenschaftlichen", globalen und faschistischen Nekro-Techno-Totalitarismus der kapitalistischen Multis und ihrer imperialistischen Staaten denn schon!)

Tagesanzeiger, 7 Juli 2010, abgescr.. mc, Lager Pöschwies, Zürich, CH

Ökoterroristen schlagen zu

Gentech-Gegner haben einen Anschlag auf einen ETH-Professor verübt. Von Stefan Hohler

Zürich – Der Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 28./29. Juni. Wie die Täter auf der linksradikalen Internetplattform Indymedia schreiben, haben sie ein Auto und ein Motorrad beschädigt und auf das Haus die Parole «no gmo» gesprayt (Nein zu gentechnisch veränderten Organismen). Der Schaden beträgt gegen 20 000 Franken. Beim Forscher handelt es sich um einen deutschen Professor für Pflanzenbiotechnologie an der ETH Zürich. Gegenüber «20 Minuten» sagte er: «Ich bin schockiert, dass wissenschaftliche Forschung auf diese Art und Weise attackiert wird.» der Pflanzenbiologe führt im Rahmen eines nationalen Forschungsprogramms Feldversuche mit gentechnisch verändertem Weizen durch. Er hat Anzeige erstattet, die ETH verurteilt aufs Schärfste, dass sich militante Gegner der grünen Gentechnologie mit sinnloser Gewalt statt mit Argumenten Gehör verschaffen: «Es ist bedenklich, dass ein Forscher nun auch als Privatperson zum Ziel einer solchen Attacke wurde.»

Bereits in der Nacht vom 23./24. Juni haben vermutlich die gleichen Vandalen Behälter mit Herbiziden auf ein Versuchsfeld in Pully bei Lausanne mit gentechnisch verändertem Weizen geworfen. Über Schäden ist laut ETH nichts bekannt. Auf Indymedia wird diese Tat als Solidaritätsakt mit «Marco Camenisch, Silvia Costa und Billy» begründet. Camenisch ist ein Schweizer Öko-Terrorist, der wegen Mordes an einem Grenzwächter im Gefängnis Pöschwies sitzt. Bei den drei weiteren erwähnten Personen handelt es sich um zwei Italiener und einen Schweizer. Sie wollten Ende April einen Sprengstoffanschlag auf das von IBM und ETH in Bau befindliche Forschungszentrum für Nanotechnologie in Rüschlikon verüben. Die drei wurden aber schon vor dem geplanten Anschlag verhaftet. Laut Bundesanwaltschaft ist das Ermittlungsverfahren noch im Gange. Die drei Personen sind nach wie vor in Untersuchungshaft.

Internet 28.06.2010, Rückübersetzung einer *traduzione sommaria* – summarischen Übersetzung ins Italienische aus der deutschen Erklärung auf Indymedia, die ich leider wie auch die Erklärung zum Angriff auf den braven und armen Familienpapa (noch?) nicht erhalten habe.

In der Nacht vom Mittwoch 23. und Donnerstag 24. Juni wurde das Freilandversuchsfeld für GVO-Weizen mit Unkrautvertilger angegriffen (bei Lausanne, Pully, gegen diesen Versuch fand um diese Zeit eine Protestvelokaravane statt) um die Pflanzen zu vernichten und die GVO-Forschung zu verhindern.

Der Widerstand gegen die Gentechnologie ist Teil eines breiteren Widerstandes gegen die totale Kontrolle der Gesellschaft und des Lebens, was auch dank der Entwicklung der Nano- und Biotechnologien stattfindet.

Darum haben wir auch unsere Solidarität mit konkreten Aktionen für jene ausdrücken wollen, die sich gegen dieses kapitalistische technowissenschaftliche System wehren und vor allem für Marco Camenisch, Silvia, Costa und Billy, revolutionäre Gefangene die in diesem Moment in der Schweiz im Knast sitzen weil sie begriffen haben, dass Worte nicht genügen und gehandelt werden muss um eine radikale Veränderung zu erreichen, auch wenn das die Gefahr bedeutet gefangen genommen zu werden.

Erklärung 12. Juli

Heute am 12. Juli 2010 haben dutzende Menschen 2 Versuchsfelder für transgenen Mais von Syngenta in der Gemeinde von Torroella de Montgrí (Baix Empordà, Katalonien) sabotiert.

Wir haben das transgene Experiment unter freiem Himmel von Syngenta zerstört, weil wir wissen, dass diese direkten Aktionen die beste Art und Weise sind um auf die Politik der vollendeten Tatsachen zu antworten, womit die Generalität (Regierung Kataloniens), der Staat und die Biotech-Multis uns seit 12 Jahren unilateral die GVO in Landwirtschaft und Ernährung aufzwingen.

Im spanischen Staat konzentriert sich mit über 75'000 Ha bebautem Land (2009) ungefähr 80% der GVO-Fläche Europas. Nach Aragonien ist Katalonien mit ihren 27'000 Ha die Region Europas mit den meisten GVO-Hektaren. In den letzten Jahren wurden 42% aller GVO-Freilandversuche der EU in Spanien angelegt.

Syngenta ist die drittgrösste Sameneigentümerin der Welt (nach Monsanto und Dupont). Ihr Ziel ist die weltweite monopolistische Beherrschung des Samenmarktes, um alle BäuerInnen und die gesamte Landwirtschaftsproduktion vom Samenhandel abhängig zu machen. Syngenta kontrolliert mit den anderen Multis,

- a) die Weltmärkte der Landwirtschaftsprodukte (Samen, Dünger, Agrochemie...),
- b) die Verteilungs- und Kommerzialisierungssysteme von Nahrungsmitteln und Agroindustrie,
- c) den Weltmarkt der verarbeiteten Produkte

Syngenta ist somit eine der wichtigsten Trägerinnen und Nutzniesserinnen des jetzt vorherrschenden korporativen und industriellen Agro- und Nahrungsmittelmodells. Nachdem es Jahrzehnte lang auf planetarischer Ebene auferlegt wurde, werden die Stimmen immer lauter, wonach

- 1) Dieses todbringende Produktions- und Gesellschaftsmodell unter den hauptsächlichen Verantwortlichen für die Ernährungs-, Umwelt- und Klimakrise ist, unter der die Menschheit leidet
- 2) Die transgenen Produkte in der Landwirtschaft eine neue Verschärfung des agroindustriellen Modells darstellen, welche die äusserst schwerwiegenden gesellschaftlichen, kulturellen und ökologischen Verheerungen noch verstärken, die vom multinationalen Agrobusiness verursacht werden.

Nach europäischer Gesetzgebung sind GVO-Feldversuche ein unerlässlicher Zwischenschritt auf europäischem Territorium zur Bewilligung durch die EU-Kommission- der kommerziellen Ernte von transgenen Sorten, die bis jetzt keine EU-Bewilligung haben. Seit Jahren zeigen wir als verschiedene europäische Akteure auf, dass das von den Biotech-Multis zu befolgende Protokoll zur Bewilligung von transgenen Samen voller Fallen und Unregelmässigkeiten steckt. Z.B. müssen die vielen Skandale der EFSA (Nahrungsmittelsicherheitsbehörde) unterstrichen werden, die belegt haben, dass dieser hypothetisch wissenschaftliche Organismus im Dienste der Gentechnikindustrie steht; andererseits muss die Rolle der verschleierte Förderung der landwirtschaftlichen GVOs durch die europäische Gemeinschaft selbst hervorgehoben werden.

Zwölf Jahre nach dem Beginn des GVO-Maisanbaus in Katalonien haben dutzende Fälle von genetischer Kontamination der landwirtschaftlichen, ökologischen und konventionellen Produktion (Kontaminationen von Samenposten im Viehfutteranbau und von Produkten zur direkten menschlichen Ernährung) wiederholt bestätigt, dass die angebliche Koexistenz von transgenem Anbau und nicht transgenem Anbau nicht bloss sehr umstritten sondern total unmöglich ist. Die Verbreitung der transgenen Landwirtschaft hat das Aussterben von mindestens zwei traditionellen Weizensorten („morat“ und „queixal“) und einen Rückgang um 95% des ökologischen Maisanbaus zwischen 2002 und 2008 verursacht.

Alles deutet zweifellos darauf hin, dass die landwirtschaftlichen GVO bzw. das vorherrschende Produktions-, Verteilungs-, Konsum- und Gesellschaftsmodell die Entwicklung und Konsolidierung von alternativen Modellen unmöglich macht, die auf eine ökologische Landwirtschaft und den Kampf für die Ernährungssouveränität der Völker basieren. Darum lehnen wir sowohl die landwirtschaftlichen Transgene als auch die kapitalistische technoindustrielle Gesellschaft ab, die erstere möglich und notwendig macht (...notwendig, damit wenige sehr mächtige Akteure ihre Herrschaft über die Weltbevölkerung konsolidieren und ihre Marketingstrategien perfektionieren können). Darum rufen wir dazu auf, zur Tat zu schreiten um sowohl die transgenen Anpflanzungen als auch die soziale Ordnung zu vernichten, die von denselben Akteuren verewigt wird, die sie unterstützen.



A Magnificent opportunity Some ideas on migration, capitalism and social revolts

I. INTRODUCTION

This text comes from practical questions linked to the tenure of an ECOFIN meeting (European financial ministers gathering from the 30th September to the 1st October) and of a European Trade Union demonstration (on the 29th September) during the No Border Camp in Brussels (25th September- 3rd October). During discussions, we questioned our position with regard to this summit. Our reflections quickly went to « the » current crisis and his social and political effects, in the meantime increase of racist politics and behaviours, and of social revolts and mass-movements. Questions on these effects are finally the main reason for this text, with the last September week in Brussels as background. From a radical position against borders and for freedom of movement, we propose here a few ideas on the « No Border movement », on relations between anti-migration and economic European politics, and on the actual blooming of social revolts. Ideas which aim to bring reflections, discussions ... and actions.

II. ABOUT OUR LIMITS

To begin with, we thought about how the "No Border activists", in a larger sense, connect usually migration policies to economical policies. In these discourses we can distinguish two main poles, in between a variety of discussions and positions against borders are taking place.

Two currents

On one hand, there is a radical current that can be defined as developing a discourse for absolute freedom of movement and settling against borders, against the state and against capitalism. This discourse, often connected to direct actions, tries to frame the fight against anti-migration politics into a criticism of the capitalist system. Nevertheless, the way it is expressed is often reduced to a total rejection of all capitalist structures, which only reaches to people already convinced. On the other hand, we can identify a moderate current, that emphasizes more on the process of migrants regularization and the opposition to detention-camps. This discourse usually reaches a deadlock on the question of linking political and economical frameworks in which anti-migration politics are integrated.

Paradox

We realize that these different discourses have in common to focus mainly on the repression against migrants. The insistence upon this question is understandable, it is the most outrageous aspect of the situation of migrants, who themselves consider it as the main issue: to exit the circle of repression and to be able to live a "normal" life. We think, nevertheless, that there is a designated weakness: a one-dimensional aspect of the No Border discourses. The capitalist handling of migrants work and its effects on economic matters and social rights has nearly never been used as a central argument in the opposition to borders and the fights for freedom

of movement. Furthermore, except Frontex, we can consider that the "european power", despite its decisive and organizational importance concerning the handling of migration movements, has been globally spared off criticism and actions from the No Border movement.

Leaving this aside constitutes from our point of view a paradox: we are many to think that the handling of migrations reveals the real face of capitalism and ables us to look through the future trends in our societies evolutions (militarization of borders and of the society in general, control-technologies development, labour precarisation, social rights and freedom of speech destruction...). Nevertheless, it's very seldom that, beginning from the migration question, we manage to develop discourses or actions concerning other aspects of society.

III. MIGRATIONS IN THE DEVELOPMENT OF ECONOMIC AND SECURITARIAN EUROPE

Migration exists everywhere, internationally or locally, linked to wars, work or studies, as a result of climatechange or meetings. Many from us don't speak the languages of their grand-parents, we don't live where our parents lived and our movements will not hold back. "Migrants" or "natives", the only identities stamped on us, are printed by the state on paper and those printed by advertisement and tv in our minds, identities that are strange to us. The classification between migrants and "natives" has no sense anymore. However, those who are communally called "sans-papiers" are particular migrants, their rights are non-existent, they are forced to clandestinity and they represent the figure of the ultimate "foreigner". The capitalist system makes them marginal and applies on them particular politics. These politics and their links with "the rest of society" are what we are interested in.

The development of European migration policies should be analyzed in the context of the development of the European Union, in so far as it is a process of an economic system opening up its labour market. By observing E.U.'s history and the enlargement process that followed throughout its 60 years of existence, we can see that the capitalist handling of migration movements is directly linked to the economic situation. Periods of crisis or economic growth can transform migration policies radically, which in turn can have huge effects on economic and security policies.

The waves of migration

In the last century, after the second world war, work-related migration began to intensify. The first important wave of migration, in the fifties and sixties, had been constituted by "industrial" migration, particularly from the South of Europe and other Mediterranean countries to the northern countries. Thirty years later, the fall of the "iron curtain" provoked a new wave of migrants coming from the East attracted by the image of "safe old Europe". Simultaneous to this process, the number of non-Europeans trying to join Europe, increased from year to year.

We can consider one main difference between migration politics in the fifties and those from the eighties on. For a first time, industries and mines needed cheap and numerous work forces, which implicated a relatively "open" migration. In succession, the de-industrialisation, the end of full-employment and increase of mass-unemployment activates a drastic restriction of conditions of migrations. This difference in the handling of migration movements let the economic interests appear as the main criteria used by the capitalist system to define their migration politics.

From security architecture...

Today, in the enlarged E.U., European institutional system architecture has reached a new dimension and a higher level in terms of state cooperation (Dublin II) and security procedures. Since the collapse of the Soviet-union, the borders of the "project Europa" expanded and the Union took the chance to build up an gigantic security architecture, based on the development of new technologies and huge financial possibilities. This was followed on the first stage by the construction of detention camps and the increase of social control on a domestic level. On the second stage, countries like Italy, Greece and Spain started to build more and more defense mechanisms against migration, with the help of the European migration agency Frontex. These countries constitute the final internal barrier against the infamous "invasion of Europe". Finally there is an externalization of the borders to Mediterranean countries like Libya, Tunisia and Morocco where European funds are being used to build detention camps and to improve the control of their borders. The deaths at the borders in the Mediterranean Sea and conditions of detention camps like Pagani in Lesbos, are not produced anymore by a single country interest but are part of European economical and migration strategies.

...to labour-market architecture

Parallel to this expansion of repression and militarization of borders, we witness the reconstruction of the labour-market. The tricky part for the state government is to keep the balance to control effectively this market. The governments use migration in two principal economic ways. On one hand, they try to control migration to answer economic needs, a limited and specialized migration. And on the other hand, they use immigration to promote competition between workers, and from there to limit the social demands and deregulate the labour-market.

Selection of work-permissions (in function of the markets needs), flexibility of work (unregistered work, part-time-work), reduction of wages, attacks against social rights, destruction of pensions, the ever increase of rents. All these dynamics can only be seen as an levelling of work conditions of local workers to the situation that migrants know since a very long time, with clandestinity as a special bonus. This is the objective of governments and European institutions. At first, the work conditions and social practices are being applied to migrants, legitimating this particular status by the fact that they are foreigners without any rights. After that, techniques for managing migrations are expanded to the handling of the whole population. Of course, at the heart of this dynamic, stands the public argumentation on "unproductive and benefits abusing foreigners", designated responsible for all economic and social disasters in our societies.

E.U. : The way to the top

These strategies of migration/population control make clear where the E.U. is heading for: a stable migration policy, tight social measures (now and then, depending on the situation of home-economy) and a new promoted euronationalism to take its position as

a global player on the global market, Germany and France in leading position. The long-term goal is to liberalize the market and to drop the "social-state", to stay alive in the competition against the "masters of workers-oppression" USA and China. This new ideology of euromonialism is based on the development of a European historical understanding after the second world war. The history is being turned around in order to redefine a new Europe which has learned from the two world wars and is heading to « peaceful » economical and political state-cooperation. This theory forgets about the ongoing social war, the exploitation of workers and migrants, and about the ongoing "humanitarian" wars and other operations of "maintaining peace", via NATO or not, from different European countries in Serbia, Afghanistan, Irak or Somalia.

Last years have showed that this ambitious project is very difficult to fulfill. On the political level, the rejection of a European Constitution by some member states damaged this "European dream". On the economical level, the financial crisis, which started at the beginning of the new century, stopped the economic growth and revealed one more time the effects of world competition, overproduction and speculation. In this time of crisis and (for now) failure to achieve these aims, one of the principal questions is: how will the state-governments try to compensate the handling of "the financial threat"?

IV. FEAR AND PATRIOTISM IN PERIOD OF « CRISIS »

It has been two years since the banks and stock markets began to collapse. Billions of Euros have been wasted, designated banks are being reloaded by incredible profits, others stay unstable, and the breakdown of stock-markets and the Euro continues. In a short time, the crisis of the financial system became a crisis of the states. After doing everything to save the financial system, the governments begin now to make the "people pay": Greece, Romania, Spain, Great Britain... This umpteenth crisis of capitalism is, as usual, a wonderful opportunity for the governments and the international institutions: austerity-plans, which have been or will be voted for, are real plans of social destruction.



like the way people dress (veil), sexuality (polygamy), food (halal quicks and scritical lambs), are nothing but symbolic manipulations created in order to give impressions of a threat looming on occidental traditions and of a superiority of these on an archaic muslim way of life. Furthermore, it is about to create an economic fear based on the rarity of work and on the figure of the working migrant, in order to accept at the end the deregulation of labour.

Austerity-plans as logical development

This first opportunity of a real act of "European-crisis-management", after the IMF-intervention in Romania, was the state-debt crisis of Greece. The international capital, in form of the E.U., IMF and the Greek state, tries to turn the country in a social-experiment-field for a new shock-doctrine. Many social rights that have been defended by workers since three decades, will be abolished within two years. The first package of measures voted on the sixth of May by the Greek parliament shows the way: cut in wages up to thirty percent, freezing of wages and pensions in the state sectors. These measures on wages are followed by an increase of self taxes and special taxes on tobacco, alcohol and betting. Changes will also occur in the social system: cuts in pensions and unemployment benefits, destruction of social security. The next waves of measures are being prepared for the next year, under the severe surveillance of the "control commission". The

From xenophobia to cosmopolitanism?

Socially, we can expect that the current reforms produce effects going in two main directions: on one hand, a questioning of the institutions and even maybe of the capitalist system; on the other hand, an identitarian fall-back and a strengthening of xenophobic feelings and discourses. These two directions may seem contradictory but are nonetheless often complementary. In an organized form, they are expressed in the progression of right-wing political parties and racism issue within some Unions. On an individual level, the mixture of anti-institutional and anti-migration feelings are developing in alarming manner. This is where the central challenge but also the principal danger for the No Border movement lies: in the risk of reinforcing and anchoring durable xenophobic feelings, in the risk to return to a national and nationalist Europe, more and more closed and racist.

This mixture of sentiments reflects a reality from which the No Border movement can not escape: in our societies, migration and the manner in which it is handled represents often a point of rupture, the crystallization of the debate to vacate finally the reject of the other. It's the case in the urbanistic level (creation of banlieues and ghettos), on a cultural level (interdiction of veil), and on economical level (acceptance of national competition of work, but not with migrants). It is still good to assert that the migrations and the population blending have always took place, today these phenomena reach such a level that they cannot be left aside in a decent political position. Number of human beings on earth, social and international inequalities of capitalist system, growth of enormous megalopolis, development of transport way, attractiveness of the supposed commodity society and propaganda-technologies - all this provokes migrations and participates in the reinforcements of inequalities, which in return are generating tensions. From there, how in this frame, or rather outside of it, develop cosmopolitan cities, obtain peaceful and fluid cohabitation of cultures and ways of life? This question remains open...

V. SOCIAL MOVEMENTS AND PERSPECTIVES

Some have answers to this question. Where we are looking for cosmopolitanism the governments are playing on tensions between communities and goading on the fear of the other. Despite this, we begin to see the development of social movements opposing to economical state policies, for example in Romania and Greece. In Greece a heterogeneous movement with different political goals has been protesting against the austerity plans of the government, IMF and E.U. The biggest success of this mobilization, mainly controlled by the social-democratic unions, was the fifth of May, when hundreds of thousands of people all over Greece took part in the most massive demonstrations since the end of the Greek dictatorship in 1974. State-employees, private workers, anarchists, students and also migrants participated in the storming of the parliament. During the waves of attacks on the parliament a shocking message arrived over the mass medias: three people lost their life in a fire attack on the Marfin-Bank. This event paralyzed the movement and on the sixth of May the parliament could vote calmly the first measure-package. All over Greece, discussions, in anarchist circles and outside, opened about militant practices and the movement's heterogeneity. The day of the fifth of May showed what could be possible for a social movement, but also how a movement can be paralyzed in a time where radical social changes are possible... Predictions for the moment are hard but one thing is sure: The Greek government will continue to push austerity measures and will most probably be confronted again with protests. In a global perspective, we could assert in the last years that the European social movements often stay closed in a national logic of defending existing social rights,

effects of the austerity policies are just beginning to produce their effects: massive job cuts, more and more part-time jobs and mass creation of temporary employment.

Finally, the austerity-plans imposed in the frame of "the" crisis are certainly a new stage in the process of precarisation of work, in the application of handling techniques of immigration as means of population management. Far away from being exceptional dynamics which started with the creation and development of the European "project". The specificity of these measures can be found in their rarely seen social violence and their integration in a more and more racist and security-focused political frame, in a political project based on fear management.

Fear politics and patriotism

If we observe the discourses developed by governments, we assess that they justify their handling of the crisis by fear driven arguments, with the foreigner as fear's principal cause. The handling of fear as a mechanism of social transformation operates in different ways. One way is to create a physical fear, based on the figure of young delinquent migrants, to legitimate the development of control techniques (police presence, cameras, archiving...) and repression structures (construction of prisons and detention-camps, "freedom" laws, agile justice...).

This fear takes on symbolic forms, specifically based on "unaddressable differences" between Islam and "western way of life". Controversies around supposed habits (polygamy), food (halal quicks and scritical lambs), are nothing but symbolic manipulations created in order to give impressions of a threat looming on occidental traditions and of a superiority of these on an archaic muslim way of life. Furthermore, it is about to create an economic fear based on the rarity of work and on the figure of the working migrant, in order to accept at the end the deregulation of labour.

These politics of fear are naturally articulated around the motion of crisis. Should it be to invest billions in banks or to impose anti-social reforms, the governmental discourses remain the same: "In the context of the crisis, sacrifices are necessary to save our system". This appeal to economical patriotism doubles in an appeal to cultural patriotism, in a discourse on national identity, on the peril for our societies represented by migration. In this manner, the governments present themselves as defending the electors and channel popular anger against the capitalistic inequalities towards the figure of the migrant, seen as the ultimate economical, physical or cultural enemy, both inside and outside. This process aims to hide that the consequences of the crisis are the same for "natives" and "migrants": an aggravation of life conditions and a intensified tracking of all the non-profitable individuals - fired workers, unemployed workers cut off from benefits, detained and evicted migrants.



which makes it difficult for them to enlarge their criticism beyond the opposition to a particular reform and to consider other solutions than these attached to the historical nation-state framework. It is actually one of the biggest challenges for the Greek movement: the abandon of nation oriented views and the hope for a democratic reform of the system.

Find the common to drop off national identities

To achieve that social revolts leave behind their national identities, it's important to leave the isolation of the no-border-movement, to create links with actors of the ongoing struggles. Obtaining this result implies to underline the handling of migrations in the locations where the effects of crisis are being felt and discussed: in the spaces of discussion or struggles (assemblies, publications, sites, occupations and also syndicates) and in the places of life and work (banlieues, schools, universities, companies). Under this view, there are simple truths never worthless to remember. First that the migrations have always existed and will always exist. The project intending to stop them can only produce « barbarous » and « inhuman » practices, unable to spur migration movements. Furthermore, it is obvious that even the deportation of all the « sans-papiers » will not bring back full-employment and would not provoke any rise of wages. Unemployment, as well as the reducing of wages and social rights, are never the result of the presence of migrants, they are an integrated part of the capitalist system. In other words, the movements of struggle against the European anti-social reforms will win nothing from an opposition against migrants. On the contrary, finding the common between "migrants" and "natives", managing to link all workers and unemployed, with or without papers, in a same process, ables to consider common discourses and actions.

During the « anti-CPE » movement in France in some cities, connections have been created between students, workers, migrants and banlieues inhabitants. These connections were notably expressed in the position-taking of student assemblies against the CESEDA law on migration, but also in the streets, during direct actions and confrontation with the cops. Of course, union directions, medias and politicians focused only on the criticism of CPE and on the raids of youngsters of the suburbs against demonstrators in Paris. They know what they have to lose from the connection between suburbans youth and resistance movement: the

events of December 2008 in Greece and the NATO-Summit of Strasbourg are there to remember them. In contrary, we know what we have to win: an enlargement of theoretical and social criticism, and an augmentation of power. On this issue, one of the main challenge is to make social movements take position and action on the question of migration. But to make these connections, it is not enough to stay in the level of debates and ideas.

Manage to get revolts taking into account migrants situation implicates that migration and anti-racist themes are an integrated part of struggles. In this view, it is necessary that the actors assume their identity while implicating themselves in the movements against austerity-plans, it is necessary that effective solidarities are being created in the struggle. It is in an active and radical opposition against capitalist system, that bonding with the ones who are

experiencing it and are putting it in question can take place. If this bonding can be realized in large movements, they can also develop in autonomous way by actions aiming at targets connected to capitalism and the crisis from anti-racism positions. Targets like financial or employers lobbies, governmental and economical institutions, banks or the European meeting of ministers of finance... It's definitively about to make practical the idea with which a profound transformation of migration policies can only pass by a putting in question the capitalist frame in which they take place

In the perspective to enlarge the prospects of the No Border movement and of the movements against austerity-plans, in the perspective to augment our power, we are finding us in Brussels during the No Border camp. In fact, Brussels gathers at the same time the principal European institutions, hundreds of lobbies, financial groups and headquarters of multinationals, a big part of the Belgian governmental buildings and important migrant neighborhoods, which are vivid examples of gentrification and from time to time of revolts. This concentration of economical, financial, political and anti-migration institutions present a magnificent opportunity for us to show our presence and our force, to bring our arguments to the public place and to participate at the contestation of the capitalist world by using a diversity of our modes of action.

Enjoy Brussels!

Autonomous group "Schuman's third Symphony" - <http://enjoybrussels.noblogs.org>

UNVERTRÄGLICH GLÜCKLICH ROTE FLORA BLEIBT SENAT UND MÖCHTEGERN-INVESTOREN ABMELDEN!

Im März 2001 wurde die Rote Flora von der Stadt Hamburg an einen Investor verkauft. Der Verkaufsvertrag enthält eine Vielzahl von Klauseln und Einschränkungen: Unter anderem muss die Immobilie als Stadtteilzentrum genutzt werden, im Falle eines Weiterverkaufs ist der erzielte Gewinn an die Stadt abzuführen, die Stadt behält sich ein Vetorecht vor. Nach zehn Jahren, also im März 2011, fallen einige der Klauseln weg, darunter das Vetorecht der Stadt, wodurch sich die Rahmenbedingungen für den Verkauf der Roten Flora ändern – was zu einer Räumung und einem Abriss des Gebäudes führen könnte.

Im Zuge dessen bringt sich Investor K. in Stellung und versucht, die Stadt unter Druck zu setzen. Welche konkreten Ziele er momentan verfolgt, ist undurchsichtig. Erfahrungen in der Vergangenheit legen jedoch nahe, dass sein Antrieb eigennützig ist. Sei es finanzieller Art, sei es in Form einer Ersatzimmobilie, oder sei es der Versuch einer Selbstbeweihräucherung als (Möchtegern)Kulturmäzen – er wird schon nicht zu kurz kommen. Stadt und Bezirk scheinen dem Treiben etwas hilflos gegenüber zu stehen und die Medien spekulieren schon mal eifrig über die Zukunft des Projekts Rote Flora.

Besetze deine Stadt

Wir aber spekulieren nicht. Wir empfinden die jetzige Situation der Roten Flora nicht primär als Bedrohung, sondern vor allem als Chance, die Aktualität linksradikaler Positionen mit Gewicht in die Auseinandersetzung zu werfen. Dabei steht die Rote Flora nicht alleine. Kämpfe und Konflikte um städtischen Raum und gesellschaftliche Ressourcen nehmen zu, die „Recht auf Stadt“-Bewegung ist ein Ausdruck davon. Gleichzeitig verschärft sich die repressive Situation im Zusammenhang einer bürgerlichen Extremismuskonversation. Hier wird suggeriert, dass linke Aktivist_innen die Hitparade des Extremismus in Sachen Gefährlichkeit anführen und damit besonders aggressiv überwacht und bekämpft werden müssten. Gerade unter diesen Bedingungen sind gesamtgesellschaftlich radikale Veränderungen hinsichtlich der Verteilung von Macht, Kapital und Raum notwendig, um eine emanzipatorische Politik zu realisieren.

Die Rote Flora ist nach wie vor besetzt. Unabhängig von städtischen und vertraglichen Gängelungen ermöglicht der Besetzt-Status den Nutzer_innen des Projekts, ein praktisches und radikales Infragestellen des herrschenden Status quo – ohne Gefahr zu laufen, Gelder gestrichen, Mietverträge gekündigt oder sich mit Sanktionen

des/der Eigentümer_in konfrontiert zu sehen. Hieraus entstehen Möglichkeiten, sich einer Fremdbestimmung und damit Bevormundung weitestgehend zu entziehen und damit weniger Sachzwängen, die sich aus der herrschenden Verwertungslogik ergeben, unterwerfen zu müssen. Die Rote Flora will sich nicht verkaufen – und muss sich nicht verkaufen. Sie gehört sich selbst, auch wenn Herr K. und das „Unternehmen Hamburg“ dies anders sehen mögen.

Der politische Weg, sich konsequent herrschenden Eigentumslogiken auch hinsichtlich der Frage der vertraglichen Legalisierung zu entziehen, erweist sich für uns nach wie vor als richtig. Das Risiko, mit diesem Weg die Rote Flora aufs Spiel zu setzen, bestand immer und besteht weiterhin. Wir gehen es nicht leichtfertig, sondern bewusst ein. Wie auch schon in der Vergangenheit lehnen wir weiterhin Verträge als Mittel oder Strategie der Befriedung politischer Verhältnisse ab. Nicht um anachronistisch alten Idealen nachzuhängen, sondern weil dieser Weg die politische Sichtweise des Projekts Rote Flora gleichzeitig repräsentiert und ermöglicht: Das Ablehnen vertraglicher Lösungen ist unser Ausdruck der Kritik an städtischen und gesellschaftlichen (Besitz)verhältnissen. Wir haben uns den Raum, den wir wollen, einfach genommen – ohne irgendjemanden zu fragen. Für diese Unverschämtheit, für diesen Akt der Aneignung und der Revolte steht die Rote Flora als Symbol – weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Ein Symbol, das durch sein wetterresistentes Dasein die scheinbar unumstößlichen Logiken der ökonomischen Sachzwänge, der Gesetze und des selbsterklärten „gesunden Menschenverstandes“ tagtäglich infrage stellt und ihnen ein Stachel im Fleische ist.

In der 21-jährigen Geschichte der Roten Flora wurde von staatlicher Seite immer wieder versucht, diesen Stachel zu ziehen, das Projekt zu befrieden, zu integrieren, zu vereinnahmen. Zwei Mal – 1993 und 2001 – durch Legalisierung über Verträge und, unmittelbar nachdem der zweite Legalisierungsversuch zurückgewiesen wurde, durch den Verkauf des Gebäudes an einen angeblich uneigennützigen „Mäzen“. Nachdem auch dieser nicht bei uns landen und das Projekt befrieden konnte, wurde der Besetzt-Status des Gebäudes und sein linksradikales, autonomes und obrigkeitsfeindliches Innenleben nach und nach von der Stadt geduldet und über linke Kreise hinaus akzeptiert. Dies sehen wir als Erfolg unserer Kämpfe um die Rote Flora an; und zwar nicht nur als Erfolg für das Projekt selbst, sondern vor allem auch als durch

Aktion begründete Änderung des öffentlichen Diskurses über die Legitimität und Durchsetzbarkeit von politischen Akten der Aneignung wie Hausbesetzungen.

Andererseits macht diese Akzeptanz es auch möglich, dass die Rote Flora mit ihrem pittoresken Abbruchambiente als alternatives Lokalkolorit und authentische Hintergrundkulisse prima zum Galão konsumiert werden kann. Die darin liegende Chance hat beispielsweise die Handelskammer schnell erkannt und die Rote Flora zum Standortfaktor für die Schanze erklärt. So ist das Projekt wider Willen zum Teil des Gentrifizierungsprozesses geworden, den es seit seinem Bestehen bekämpft hat. Diesem Mechanismus lässt sich nur entkommen, indem die Rote Flora sich stets neu widerständig ausrichtet und die Position als Stör- statt Standortfaktor fortlaufend neu definiert und erstritten wird.

Ja stören!

Vor diesem Hintergrund kann die Zukunft des Projekts nicht darin liegen, die Sportschuhe gegen Pantoffeln einzutauschen und es sich im erfolgreich erkämpften, scheinbaren „Freiraum“ gemütlich zu machen. Stattdessen werden wir unablässig nach neuen Ansatzpunkten suchen, dem reibungslosen Ablauf von Privatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung wieder stärker Sand ins Getriebe zu streuen und widerspenstiger Störfaktor zu sein. Dazu wird die Rote Flora intensiver nach außen treten, in aktuelle Auseinandersetzungen intervenieren oder neue Auseinandersetzungen vom Zaun brechen müssen. Wir wollen aufzeigen, dass es andere Möglichkeiten gibt, als sich an die bestehenden Zwänge und Normen anzupassen. Protest, Aneignungen, Besetzungen, die Infragestellung der herrschenden Begriffe von Legalität – dies sind unverzichtbare Bestandteile einer emanzipatorischen Politik. Wir widersetzen uns einer repressiven Logik, die versucht, unsere Kritik zu kriminalisieren, unser Begehren zu betäuben und Friedhofsruhe als gesellschaftliche Norm des Zusammenlebens durchzusetzen.

Es geht uns um die Idee der Roten Flora als Projekt, nicht vorrangig um die Mauern dieses Hauses. Wir haben mit der Roten Flora – aufgrund der speziellen Geschichte dieses Projekts und seiner Bedeutung über die Stadt hinaus – die Möglichkeit, in aktuelle Ereignisse einzugreifen und ein linker, radikaler Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Veränderung zu werden. Die Machtverhältnisse modernisieren sich und bilden sich nicht nur in Polizeiknüppeln und Wasserwerfern ab. Gerade staatliche Beteiligungsverfahren wie runde Tische versprechen Mitbestimmung und produzieren dabei nur allzu häufig Ausschlüsse. Denn wer sich am runden Tisch beteiligen darf und über was dort verhandelt wird, ist immer schon Teil von Vereinnahmungspolitik. Mitwirkung und Teilhabe sind eine klassische Form der Unterwerfung. Dies greift sowohl auf sozialpolitischer Ebene: Menschen, die unterstützende Leistungen beziehen, sind gezwungen, nahezu jede Tätigkeit, die ihnen angeboten wird, auch anzunehmen, um ihr mehr Über- als Leben zu sichern. Dasselbe

Prinzip liegt auch so genannten Beteiligungsverfahren zugrunde: Nur wer sich im vorgegeben staatstragenden Rahmen beteiligt, darf mitreden; gefasste Beschlüsse sind dann meist ziemlich kritikresistent. Wir aber lehnen eine solche Form der Vereinnahmung und Unterwerfung ab. Auch linke Praktiken der Verweigerung, Intervention und des Protests müssen sich unter den gegenwärtigen Bedingungen weiterentwickeln.

Wir werden uns weder, sollte es überhaupt soweit kommen, widerstandslos von der Polizei aus dem Gebäude räumen lassen, noch unseren Widerstand in Moderationsverfahren selbst aus unseren Köpfen räumen. Wir wollen aufzeigen, dass radikale Kritik nicht nur legitim, sondern zwingend notwendig ist. In Zeiten, in denen sich die Menschen der Stadt und nicht die Stadt den Menschen anpassen sollen, kann nur eins gelten: Die Stadt gehört allen!

Die Kämpfe um das Ungdomshuset in Kopenhagen hatten internationale Bedeutung, weil der Kampf um Räume, Öffentlichkeit und ein Recht auf Stadt nicht nur auf lokaler, sondern auf globaler Perspektive geführt wird. Der Aufstand in Athen bewegte auch uns hier in Hamburg, weil die daran geknüpften Fragen und Hoffnungen eine ums Ganze gehende Systemfrage stellen. Zukunft ist für uns keine schale Metapher kapitalistischer Modernisierung, sondern ein umkämpfter Ort der Emanzipation und wir sind immer mittendrin. Es gibt keinen Grund, abzuwarten. Bewegung entsteht nur dort, wo wir die Dinge in Bewegung setzen. Also nehmen wir den Fehdehandschuh auf und fordern alle auf, aus der trostlosen Enge der kapitalistischen Normen, Werte und Zwänge auszubrechen. Wir wollen alles, und zwar anders.

Wir starten jetzt!

Wir warten nicht ab, was die Propagandist_innen des Standorts Hamburg, von Kommerzkultur und Law and Order für unsere Zukunft bereithalten. Wir starten jetzt mit der Kampagne „Unverträglich glücklich“, die nicht auf rein defensive Konservierung des Gebäudes und seiner Inhalte ausgerichtet ist, sondern den Charakter der Flora als Ausgangs- und Knackpunkt emanzipatorischer Kritik nicht nur im Stadtteil weiterentwickelt und verstärkt. Beteiligt euch an Debatten und Aktionen, tut euch mit anderen zusammen, zettelt eigene Aktionen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, ... an!

Runde Tische zu Flohmarktständen! Rote Flora bleibt!

*Kampagne „Unverträglich glücklich“
Rote Flora Plenum*

Berlin on Sale – Nicht mit uns!

Herbstaktionswochen gegen die (un-sozialen) Angriffe auf unser Leben!

In Zeiten der Krise verschärfen sich die Widersprüche. Damit Unternehmen aus der globalen Konkurrenz als Sieger hervorgehen, muss menschliche Arbeitszeit noch profitabler gemacht werden. Der Staat treibt diese Entwicklung durch die verschärfte Ausrichtung aller Lebensbereiche auf Effizienz und Verwertbarkeit an. Wir stehen wie die große Masse der Bevölkerung dafür unter dem Zwang, bei immer schlechteren Bedingungen und für immer weniger Entschädigung zu arbeiten. Gleichzeitig wird das Gesundheitssystem liberalisiert und die Stadt ausverkauft. „Alternativlos“ seien ihre Konzepte, so die europäischen Regierungen. Wir sagen: Unser Leben gehört endlich in unsere Hände: wir wollen es selbst organisieren, gemeinsam und miteinander anstatt vereinzelt und allein. Deswegen werden wir mit den Herbstaktionswochen vom 1. bis zum 10. Oktober 2010 Alternativen für alle Menschen in der Stadt gemeinsam sichtbar machen. Zwei Fragen stehen für uns dabei bisher im Mittelpunkt:

Wie wollen wir leben? Wie wollen wir uns organisieren?

Ausgehend von diesen Fragen sind es für uns neben vielen anderen folgende Bereiche, in denen negative Veränderungen derzeit besonders spürbar sind:

Stadtumstrukturierung und Gentrifizierung

Berlin erlebt seit einiger Zeit in vielen Stadtteilen, besonders in Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain einen gewaltigen Schub von Sanierungen und Neubauten; fast jede Baulücke wird zum Eigentumswohnraum. Hinzu kommen Edel-Galerien, jede Menge Schickimicki-Cafés und immer mehr Hotels. Die wenigen Orte und Plätze, an denen der Konsum noch nicht im Mittelpunkt steht und an denen öffentlicher Raum noch nicht durch Überwachung und Polizeipräsenz bestimmt ist, verschwinden zusehends. Menschen, die nicht einem klar definierten bürgerlichen Ideal entsprechen, werden verdrängt und ausgegrenzt. Der innerstädtische Raum wird auf diese Art zu einem attraktiven Laufsteg umgestaltet, mit dem Ziel, Investitionen und ein kaufkräftiges Publikum anzulocken. Die soziale Realität wird ausgeklammert; wer arm ist, wird auch räumlich an den Rand gedrängt. Alternative, solidarische und selbstorganisierte Räume werden immer häufiger zerschlagen.

Bildung und Arbeit

Wenn wir lernen oder uns weiterbilden, geht es selten darum, was uns interessiert oder was wir für wichtig halten. Schon von früher Kindheit an müssen wir lernen, uns den Verhältnissen anzupassen und uns ihnen unterzuordnen. In den Schulen, Berufs- und Hochschulen werden Menschen – passend für den Konsum und die Karriere in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft – zurechterzogen. Am Ende dieses so genannten Bildungsprozesses stehen vereinzelt Individuen, die zu gemeinschaftlichem Leben nur noch begrenzt fähig sind, weil jeder andere Mensch potentiell als Konkurrent empfunden wird. Damit wir dann jeden noch so schlechten Job annehmen, üben die Jobcenter massiven Druck aus und schaffen so schon jetzt ein Heer von Ein-Euro-Jobber*innen, unbezahlten Praktikant*innen und Leiharbeiter*innen, deren Arbeit ebenso unerfüllend wie mies entlohnt bleibt. Wichtige Tätigkeiten im Haushalt, in der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen werden in der Regel unbezahlt von weiblichen Familienangehörigen oder für meist extrem niedrige Löhne von Migrant*innen verrichtet, oft in halblegalen oder illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Die härteste Arbeit in der Gesellschaft wird so am schlechtesten bezahlt – wenn überhaupt.

Gesundheit und Pflege

Gerade im Gesundheitsbereich zeigt sich die zunehmende Entsolidarisierung der Gesellschaft. Die Privatisierung von Krankheitskosten schreitet rasant voran, denn auch die Versorgung von Kranken wird mehr und mehr zur Ware. Alle möglichen Leistungen sind heute vom persönlichen Geldbeutel abhängig. Ein Arztbesuch kostet im Quartal zehn Euro und immer mehr Behandlungen müssen aus eigener Tasche bezahlt werden. Schöne Zähne, Krebsvorsorge und wichtige gesundheitliche Beratungen können sich nur noch Privilegierte leisten. Auch ein menschenwürdiges Altern ist für viele Menschen nicht mehr möglich, weil Pflegeleistungen verstärkt privatisiert werden. In Privathaushalten werden Migrantinnen als Pflegerinnen unter schlechten und teils illegalen Bedingungen beschäftigt, wodurch oft ihre eigene spätere gesundheitliche Versorgung unmöglich gemacht wird.

Militarisierung und Migration

In vielen Bereichen des Lebens wird eine schleichende Militarisierung sichtbar. An Schulen in Berlin und anderswo werben so genannte Jugend-Offiziere für die Bundeswehr. Und auch an Universitäten nimmt die Kooperation zwischen Wissenschaft und Militär stetig zu. Die BRD ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur und führte Krieg auf dem Balkan und gegenwärtig in Afghanistan und am Horn von Afrika. Wirtschafts- und Militärinteressen überschneiden sich und gerade in Berlin beschäftigen sich Militärs, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen mit strategischer Kriegsführung und der deutschen Heereslogistik. Gleichzeitig wird jährlich der Tod Tausender Flüchtlinge im Mittelmeer billigend in Kauf genommen, um die „Festung Europa“ zu schützen. Täglich werden Menschen abgeschoben, wobei sehr oft ungewiss bleibt, ob in den Herkunftsländern Folter und Tod für die Geflohenen drohen.

Wir wollen auf diesen Irrsinn unmenschlicher Verhältnisse nicht weiter nur reagieren, sondern gemeinsam und aktiv Alternativen entwickeln, die auf unseren unterschiedlichen Vorstellungen von einem solidarischen und friedfertigen Leben miteinander basieren, bei dem die Erfüllung individueller Bedürfnisse Einzelner nicht mehr wie heute im Weg steht, sondern im Mittelpunkt. Daher rufen wir alle interessierten Personen, Gruppen und Bündnisse auf, sich während des Aktionszeitraumes vom 1. bis 10. Oktober 2010 und darüber hinaus entschlossen und kreativ, mit eigenständigen und mit gemeinsamen Protestformen gegen die unerträglichen derzeitigen Verhältnisse zu beteiligen!

**Die Stadt gehört uns allen!
Für ein freies und solidarisches Leben in unserer Stadt!
Für soziale Gegenangriffe!**

**Das Aktionsprogramm wird fortlaufend aktualisiert.
Weitere Termine, Treffpunkte + Infos findet ihr unter:**

berlinonsale.blogspot.de

Freitag 1. Oktober 2010 „Den Stein ins Rollen bringen“

Aktion am Job-Center Neukölln

9-12 Uhr Mainzer Str. 27 (U-Bhf. Boddinstr.)

Auftaktkundgebung zu den Herbstaktionstagen mit Videos und Musik

19.30 Uhr Heinrichplatz, Kreuzberg

Montag 4. Oktober 2010 Umsonstbuffet auf'm Leo

11 Uhr Umsonstbuffet, Kameraspaziergang, Musik, Performance, Theater.

Mittwoch 6. Oktober 2010

Wir besuchen die Beschäftigungsindustrie

11.30 Uhr am Reuterplatz in Neukölln

ca. 14.00 Uhr Aktionsauswertung in der Lunte (Weisestr. 53, U-Bhf. Boddinstr.)

15-18 Uhr Veranstaltung zum weltweiten Tag des Rechtes auf Wohnen

Freitag 8. Oktober 2010 (voraussichtlich)

16.00 Uhr Kameraspaziergang Neukölln

Samstag 9. Oktober 2010

Antimilitaristische Fahrrad-Rallye

Demo: Media Spree entern!

Sonntag 10. Oktober 2010

Ein Kiez – seine Wohnungen – eine öffentliche Begehung (Kiezradtour)

Finale gemeinsame Sause im K9 (Kinzigstrasse 9, Friedrichshain) ab 19 Uhr.

13 Uhr Hauptbahnhof Oldenburg

Krach schlagen statt Kohldampf schieben! Bring Kochtopf und Kochlöffel mit!

Nachschlag: Dienstag 12. Oktober 2010

Nulltarif-Aktionstag - Berlin fährt frei

Antifaschistisch aktiv werden

gegen die rechte* Monatszeitschrift „Zuerst!“

denn: „Zuerst!“ ist das Allerletzte!

Das rechte Monatsmagazin „Zuerst!“ ist seit Dezember 2009 bundesweit an Kiosken, Tankstellen und in den Zeitungsabteilungen vieler Supermärkte zu bekommen. Auch in Göttingen ist das Propagandaorgan der Rechten an vielen Orten erhältlich.

Das ist für uns nicht hinnehmbar: rechten Positionen entschieden zu begegnen und diese zu bekämpfen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit!

Offensiv gegen rechte Propaganda

Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass die rechte Propagandaschrift auch in Göttingen öffentlich über Kioske und Zeitungsläden vertrieben wird. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Nach einem Redebeitrag vor dem Tonollo in der Weender Straße im Rahmen unserer Stadtrallye „Unser Hund bellt da, wo wir wollen!“ am 29. Mai 2010 und der klaren Ansage, etwas gegen den Vertrieb zu unternehmen, ist das „Magazin“ dort aus dem offenen Verkauf genommen worden. Im Zeitungskiosk in der Zentralmensa ist es überhaupt nicht mehr zu haben. Öffentlicher und dauerhafter Protest gegenüber rechter Propaganda und der damit verbreiteten Ideologie kann helfen, „Zuerst!“ zumindest aus den Regalen und unter den Ladentisch zu drängen. Dennoch gilt: das kann erst der Anfang sein! Rechten Positionen entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftauchen, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit. Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen sowie rassistischer und homophober Hetze!



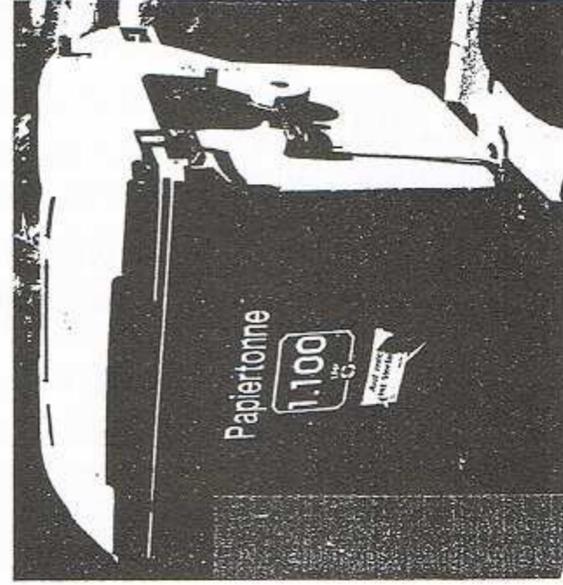
Gemeinsam gegen „Zuerst!“

In den kommenden Monaten wird der Vertrieb von „Zuerst!“ in Göttingen wie auch in anderen Städten mit vielseitigen Methoden angegangen. In Hamburg laufen öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen die Bauer Media Group, um einen Vertrieb von „Zuerst!“ unmöglich zu machen (mehr dazu unter: www.keine-stimme-den-nazis.org). In Berlin richtet sich die Kampagne „Let's Push Things Forward!“ nicht nur gegen „Zuerst!“, sondern ist breiter gegen rechte Wochen- und Monatsschriften angelegt (mehr dazu unter: www.pushforward.blogspot.de).

Bei dem noch nicht etablierten Magazin „Zuerst!“ mit seiner gefälligen Aufmachung, sowie dem von Verleger Munier erklärten

Ziel der Breitenwirkung des Magazins ist es notwendig, eine Positionierung am Zeitschriftenmarkt gar nicht erst zu ermöglichen.

Im Rahmen verschiedenster Aktionen in Göttingen gibt es auch einen Internet Blog. Dort könnt Ihr die neuesten Informationen und Materialien zur Kampagne abrufen. Und schließlich seid Ihr gefragt und könnt aktiv werden: In welchem Kiosk, in welchem Laden in Göttingen liegt „Zuerst!“ noch aus? Welcher Laden hat sie aus dem Programm genommen? Habt ihr schon selbst etwas unternommen um den Verkauf zu unterbinden? Schreibt uns Eure Infos auf: www.dasletztezuerst.blogspot.de



Raus aus den Regalen!

Zurzeit wird „Zuerst!“ in Göttingen an mindestens sieben Orten verkauft. So etwa bei Tonollo in der Weender Straße und am Bahnhof, den real-Läden im Kaufpark und in Weende, dem Rewe in der Annastraße und dem Tabak Center Denecke im Kaufpark. Im Tonollo am Bahnhof, ebenso wie im real-Markt in Weende ist es neben der „konkret“,

unter- bzw. oberhalb des „Spiegel“ positioniert. Also bei akzeptierten und etablierten Nachrichtenmagazinen, denn, so die Aussage einer Verkäuferin: „es heißt ja auch Nachrichtenmagazin!“. Aufmerksam gemacht auf die inhaltliche Ausrichtung des Magazins, äußerte die Verkäuferin Zustimmung, dass es sich bei „Zuerst!“ nicht um ein akzeptables Magazin handeln würde.

Stattdessen handelt es sich bei „Zuerst!“ um eine Art Versuch, eine ausstrahlungsfähige Spielart von Rechtspopulismus in Deutschland zu etablieren, wie es etwa in Österreich Erfolg hat mit der FPÖ oder in der Schweiz mit Blocher. In dieser Breite hat es dies in Deutschland bisher noch nicht gegeben.

Zugunsten dieses neuen „Meinungsmagazins“ der Rechten ist vom bekannten Verleger Dietmar Munier die traditionsreiche neonazistische Zeitschrift „Nation & Europa“ eingestellt worden. Deren LeserInnen informiert er darüber, dass aus dem strömungsübergreifenden Theoriemagazin das „Deutsche Nachrichtenmagazin“ werden solle. „Zuerst!“ hat also selbst den Anspruch, das Nachfolgemagazin zu sein. Munier erhofft sich, mit der Verbreitung und Etablierung eines gesellschaftlich anerkannten politischen Raum rechts von der CDU zu besetzen.

Das Nachrichtenmagazin wurde seit dem Erscheinen seiner ersten Ausgabe von linken Zusammenhängen, Initiativen und Medien scharf angegangen, stehen doch die Inhalte für eine Politik, die nicht tolerierbar ist. Inhaltlich geht es in dem neuen rechten Propagandablatt um die üblichen Themen: „Überfremdung“ und „Benachteiligung von Deutschen“, Verschwörungstheorien, Geschichtsrevisionismus, Hetze gegen Linke

und Homosexuelle. Auch Anti-Antifa-Recherche wird betrieben. Anerkennende Artikel über Burschenschaften finden sich in jeder Ausgabe und Holocaust-Leugner Ernst Zündel erhielt in den wenigen bereits erschienenen Ausgaben einen geschichtsrevisionistischen, wohlwollenden Artikel. Die Generalstabstradition der Bundeswehr, ohne die die „Leistungen der Wehrmacht zwischen 1939 und 1945 undenkbar gewesen“ wären, wird als positiv beschrieben. Den Alliierten wird Massenmord an den Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg unterstellt. Und angeblich ginge es den ehemaligen deutschen Kolonien besser, wenn die deutschen Truppen länger geblieben wären. Die inhaltliche Ausrichtung bietet damit das volle Programm für das dumpf-deutsche Herz und dürfte im Nachklang der diesjährigen WM und der mit ihr einhergegangenen Nationenabfeierei auf noch mehr offene Türen und Tore treffen.

Angelegt auf Breitenwirkung

Layout und Vertrieb: „Zuerst!“ setzt neue Maßstäbe.

Nach eigenen Angaben erscheint „Zuerst!“ in einer Auflage von 86.000 Exemplaren und wird an 10.000 Verkaufsstellen vertrieben. Dort steht die rechte Propaganda neben gesellschaftlich anerkannten „Politmagazinen“, wie etwa dem „Spiegel“ oder auch „Stern“. Neben dem öffentlichen Verkauf kann diese auch über den Abo-Vertrieb bezogen werden. Die relativ hohe Einstiegsaufgabe folgt der gängigen Strategie, bei der Etablierung als Massenmedium wahrgenommen zu werden, um nicht in einer Nische zu verschwinden. Der Vertrieb erfolgt über die Verlagsunion, die eine hundertprozentige

Tochter der Bauer Mediengesellschaft ist. Bekannt ist diese zum Beispiel durch das Jugendmagazin „Bravo“, die „tv movie“ und andere Programmzeitschriften. Das Layout von „Zuerst!“ ist professionell gemacht und erinnert stark an das wöchentlich erscheinende Magazin „Focus“.

„Zuerst!“ - Türöffner des Rechtspopulismus

„Zuerst!“ versucht, mit Themenwahl und der propagierten Organisationsform den Rechtspopulismus in Deutschland voranzubringen.

Rechtspopulismus ist eine Form der Politik oder der politischen Äußerung, die durch Dramatisierung und Vereinfachung hinführend auf eine politisch rechte Lösung Stimmungen opportunistisch schürt und/oder aufnimmt.

* „Rechts“:

dieser Begriff wird von uns im Kontext von „Zuerst!“ als problematisch angesehen. Er verschleierte die neofaschistischen, rassistischen, homophoben, sexistischen, reaktionären, geschichtsrevisionistischen Inhalte hinter einer an sich bedeutungslosen Richtungsangabe. Zudem suggeriert er, diese seien eine bedauerliche „Randerscheinung“ fern des gesellschaftlichen Alltags. Es erscheint uns prinzipiell notwendig, im Diskurs um Begrifflichkeiten eine Formulierung zu finden, die die inhaltliche Tragweite und Bandbreite oben beispielhaft genannter Positionen umfasst. Da es diese aktuell nicht gibt, benutzen wir den Sammelbegriff „rechts“ in dieser Publikation im Sinne besserer Lesbarkeit.

Rechtspopulistische Parteien und andere Organisationen wie zum Beispiel „ProKöln“ oder die „Rechtsstaatliche Offensive“ (Hamburg) appellieren mit markigen Formulierungen und Vereinfachung bestehender Probleme und deren vermeintlicher Lösungen an Stimmungen, die bei LeserInnen und ZuhörerInnen als eine Alternative zu „etablierter“ politischer Praxis gesehen werden.

Rechtspopulisten präsentieren und sehen sich dabei selbst als diejenigen, die „unbequeme Wahrheiten“ verkünden, die sonst in gesellschaftlichen Diskursen von „Gutmenschen“ und „politischer Korrektheit“ unterdrückt werden. Dabei werden durch den Rechtspopulismus gesellschaftliche Akteure in streng abgegrenzte, homogene und stereotypische Gruppen aufgeteilt. Dies erzeugt zum einen ein aus diesen Stereotypen aufgebautes Feindbild. Zum anderen lässt es politische und gesellschaftliche Konflikte in einem einfachen, schwarzen Schema erscheinen, in dem es nur ein „wir“ und ein „die anderen“ gibt. Dabei werden soziale, kulturelle, ideologische und politische Unterschiede und daraus folgende Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen alleine auf deren stereotype Eigenschaften zurückgeführt.

Auch das „Volk“ ist in diesem Verständnis ein homogenes Gebilde, in dem die einzelnen gleich denken und empfinden. Insofern, als die sich die Populisten und Populistinnen gerieren, weiß, was sie wollen. Dabei sehen sich Rechtspopulisten als die sittlich und moralisch richtig handelnde Mehrheit, an der als Norm bzw. Leitkultur sich die anderen zu orientieren haben. Dar-

auf, diese durchzusetzen, soll das staatliche Handeln orientiert werden. Gerne wird diese Privilegierung mit einer „hierher“-gehörenden, monolithischen Kultur begründet.

Die „anderen“ müssen sich ihnen anpassen. Aktuell sehr beliebt sind Ressentiments gegen Muslime. Im Rechtspopulismus sind die Ressentiments grundsätzlich stets wandelbar und nicht unbedingt in sich schlüssig. Sie dienen vor allem als Katalysator für einen emotionalisierten und vereinfachten Zugang zu gesellschaftlichen Konflikten. Daher kann in der Sicht rechtspopulistischer Akteure ALG II (Hartz IV) als auszeichnend zum „auf der faulen Haut liegen“ und gleichzeitig als zu wenig für die arbeitslose, „fleißige“ Schwägerin angesehen werden.

In diesem Politikverständnis gibt es keinen Platz für Differenzierung und Differenzen, für organisierte, selbst durchgeführte Konfliktaustragung zwischen gesellschaftlichen Gruppen. Wer sich nicht an die Norm halten will oder kann – dies entscheidet immer die normsetzende Gruppe – soll keine Möglichkeiten haben, Teil der beteiligungs- und anspruchsberechtigten Bevölkerung sein. Sie sollen sich mit dem zufriedenen geben, was ihnen gewährt wird. Asylsuchende sollen demnach zum Beispiel froh sein über Duldung und Warengutscheine.

Die Klientel für derartige Positionen und den rechtspopulistischen Politikansatz findet sich vor allem dort, wo es VertreterInnen des Rechtspopulismus gelingt, in gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren. Dabei ist die Klientel nicht wie zum Beispiel bei organisierten Neofaschisten einer einzigen, eher homogenen Ideologie verpflichtet. Was



vielmehr zählt ist die Zugehörigkeit zu derjenigen gesellschaftlichen Gruppe, die rechts populistisch als das homogene „wir“ gilt. In Europa also christliche, weiße, EuropäerInnen.

Rechtspopulistische Positionen spiegeln sich vielfach auch in Alltagsmedien wieder. In Göttingen war dies besonders deutlich, als auf der Internetpräsenz des „Göttinger Tageblatt“ der Moscheebau in Grono „diskutiert“ wurde. Dabei tauchten rechtspopulistische Ansätze, Theorien und Argumentationslinien auf, wie sie von Initiativen wie etwa „Pro NRW“ oder der „Schill-Partei“ vertreten werden. In Göttingen erfolgt dies zurzeit noch ohne strukturellen Überbau. Interesse und Potential sind jedoch vorhanden, auch wenn Organisationsversuche bislang in Göttingen scheiterten, wie zum Beispiel 2002/2003 mit der Göttinger Schill-Partei.

„Zuerst!“ will als rechtspopulistisches Magazin nach Aussage von Verleger Dietmar Muzier den Raum rechts von der CDU in Bewegung bringen. Es bedient Stolz und Missgunst durch Titel wie „Warum wir das international beliebteste Volk sind“ oder „Zahlmeister der Welt. Wie wir Deutschen zur Kasse gebeten werden.“ An beiden Beiträgen wird deutlich, wie das „wir“ und „die anderen“ konstruiert werden. Insbesondere in der Juliausgabe (2010) wird viel über Beispiele und Möglichkeiten rechtspopulistischer Parteien geschrieben.

Nun wird „Zuerst!“ keine eigene Partei gründen, aber das Milieu gibt es bereits und die Parteienlandschaft am rechten Rand ist in Bewegung. Tendenziell in der Abwärtsbe-



Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! - Rechter Propaganda entgegengetreten - Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

wegung, aber mit Pro NRW bzw. deren bundesweiter Organisation Pro Deutschland

steht eine Partei bereit, die sich gerne in die Liste der erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Europas einreihen würde. Mit antimuslimischem Rassismus hat die Partei ein Thema, das breite Teile der Bevölkerung mobilisieren kann.

Rechtspopulistische Positionen fördern die gesellschaftliche Akzeptanz neofaschistischer Ideologie!

In vielen europäischen Staaten wie zum Beispiel der Schweiz, Österreich, Frankreich, Italien, Holland, Ungarn, Dänemark und Belgien haben rechtspopulistische Parteien es bereits geschafft, rassistische, antimuslimische und fremdenfeindliche Positionen sichtbar und vertretbar innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu machen; ohne gleichzeitig als offen neonazistisch wahrgenommen zu werden.

Die Schill-Partei/PRO hat Anfang der 2000er bewiesen, dass ein derartiges Unterfangen auch in der BRD Erfolg haben kann. Für Pro Deutschland hat sich als solventer Finanzier der Millionär Patrik Brinkmann

gefunden. Mit den erneuten Wahlerfolgen im europäischen Ausland könnte es auch in der BRD „akzeptabler“ werden, rechts der CDU zu wählen, wenn es nicht gleich die NPD sein soll. Die Monatszeitschrift „Zuerst!“ will sich an dieser Entwicklung aktiv beteiligen.

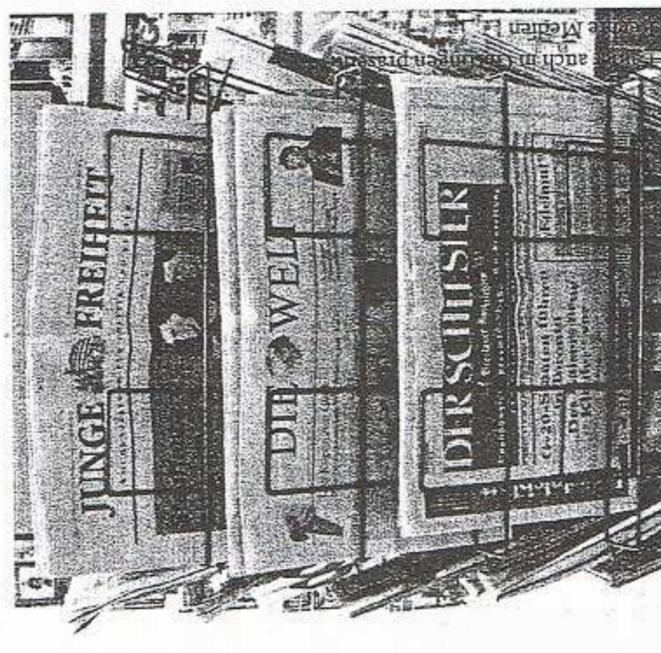
Rechte Medien - vielschichtig, etabliert und weit verbreitet

„Zuerst!“ steht als rechtes Meinungsorgan nicht allein da. In der Druckpresse wie auch im Internet findet national-konservative bis neofaschistische Propaganda eine breite Plattform und eine treue Leserschaft.

Die Ziele der Print- und Internetmedien sind dabei die gleichen wie auch anderer rechter Organisationsformen, nämlich die Schaffung von Öffentlichkeit und kultureller Hegemonie. Diese Medien sind von Vielschichtigkeit gekennzeichnet, in der die Wechselwirkungen zwischen rechtem Rand und Mehrheitsgesellschaft deutlich werden. Die erscheinenden Printmedien sind über den Zeitschriftenhandel erhältlich oder im Abonnement zu beziehen. Frei verkäuflich sind etwa die seit Anfang des Jahres erscheinende Monatszeitung „Preußische Zeitung“ oder auch die etablierte Zeitung „Junge Freiheit“.

Beide sind Medienorgane der Neuen Rechten. Die Neue Rechte bezeichnet in diesem Zusammenhang die Entstehung jungendlich intellektueller Gruppen und Zeitschriftenprojekte. Darüberhinaus schlägt sich dieser Ideologiestrang in eigenständigen politischen Aktivitäten nieder und wird von eigenem „subkulturellem“ Charakter

getragen. So widmet etwa die „Junge Freiheit“ in Ausgabe 29/10 Stauffenberg reges Interesse, propagiert „Stauffenberg als Leitbild“ und setzt dabei optisch betont auf frischen Warhol-Style. Trotz eigenständiger politischer Aktivitäten und Akzente gibt es inhaltlich große Übereinstimmungen mit den bestehenden Strukturen. Ihr Vorgehen setzt darauf, dass eine Bewegung, bevor sie wahlstrategisch erfolgreich sein kann und damit Macht im Staat gewinnt, die kulturelle Hegemonie erlangen



muss. Dies geschieht, in dem sie Themen vereinnahmen, die innerhalb der Gesellschaft diskutiert werden. Dabei ist wichtig, dass die zentralen Begriffe und ihre Deutungen inhaltlich von ihnen besetzt werden. Also nicht, das über Ausländer, Linke oder auch Muslime gesprochen wird, sondern das „wie“ ist hier bedeutend. Diese Strategie setzt häufig verbale Mäßigung voraus. Für selbst mehrheitsgesellschaftlich problematische Positionen wird dann oft die Form des



gedruckten Interviews gewählt. Die in dieser Weise vermittelte Position erscheint so als Einzelmeinung, findet aber dennoch ihre Verbreitung und LeserInnenenschaft.

Ein weiterer Ansatz ist die wissenschaftliche Aufmachung. Ein Beispiel ist das von dem Göttinger Karlheinz Weißmann geleitete Institut für Staatspolitik (IFS). Dabei handelt es sich um eine private Forschungs- und Bildungseinrichtung, die als „Denkfabrik“ der Neuen Rechten gelten kann. Weißmann ist als wissenschaftlicher Leiter des IFS nicht nur verantwortlich für die herausgegebenen Publikationen mit Titeln wie „Meine Ehre heißt Reue. Der Schuldstolz der Deutschen“, sondern auch selbst als Autor, wie etwa in der „Jungen Freiheit“, tätig.

Grundsätzlich können trotz des gemeinsamen Ziels, nämlich der Erlangung der kulturellen Hegemonie, zwei Typen von rechten Medien unterschieden werden. Zum einen national-konservative Publikationen, die die Ziele der rechten Ideologie teilen und unterstützen und zum anderen Propagandaorgane, bei denen die MacherInnen selber zu einem maßgeblichen Teil in neofaschistische Strukturen organisiert sind. Daneben können die erscheinenden Medien in Ideologieorgane, Zielgruppenorgane und Scharnierorgane unterschieden werden. Ideologieorgane sind schwerpunktmäßig auf die Diskussion der ideologischen Grundlage ausgerichtet und diskutieren Strategien und Taktiken, um diese Ziele zu erreichen. Die zugunsten von „Zuerst!“ eingestellte Zeitung „Nation & Europa“ gehörte in diese Kategorie.

Zielgruppenorgane wollen ganz konkret

einzelne Teilgruppen ansprechen. Zu den Zielgruppenorganen gehören auch Mitgliederzeitungen von Parteien, wie etwa die „Deutsche Stimme“ der NPD.

Die Scharnierorgane bilden die Verbindung zwischen neofaschistischen Strukturen und der Mehrheitsgesellschaft. Zugehörige Medien vertreten die ideologischen Ziele häufig in abgeschwächter oder verklausulierter Form. In einigen Fällen kommt es aus strategischen Überlegungen auch zu Distanzierungen von aggressiven Positionen. Als Scharnierorgan gilt seit Jahren die Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Auch das Magazin „Zuerst!“ ist als Scharnierorgan einzuordnen. Aufgrund seines Layouts, der breit ausgerichteten Vertriebsform und der Platzierung neben etablierten politischen Wochenmagazinen könnte es zu einem Scharnierorgan neuer Dimension werden. Dies gilt es in jedem Fall zu verhindern!

Für einen offensiven Antifaschismus!

In den vergangenen Monaten sind in Göttingen verstärkt „Vorfälle“ in die öffentliche Diskussion getragen worden, deren verbindendes Moment den Versuch der Delegitimierung linker bzw. antifaschistischer Politik zum Ausdruck bringt. Dabei ging es oft darum, dass die angeblich Toleranz fordernde Linke selbst intolerant sei. Zum einen, wenn sie bestimmten Personen den Zugang zu linken Einrichtungen versage. Zum anderen bei der Entwendung von Nationalfahnen bei einem Deutschlandspiel während der WM oder durch die Vereitelung des Tragens

neonazistischer Kleidung in der Öffentlichkeit.

Mit dem Blick auf die lokalen Ereignisse und dem Ziel unserer Kampagne, die Zeitschrift „Zuerst!“ zu bekämpfen, sei an dieser Stelle deutlich gemacht, dass die Verbreitung von Rechtspopulismus, die Verbreitung nationaler Symbole oder die Umsetzung staatlichen Rassismus unseren linksradikalen antifaschistischen Zielen entgegenstehen und damit bekämpft werden müssen.

Wir wollen einiges erreichen und notwendigerweise anderes verhindern, dafür setzen wir uns ein. Mit anderen Worten: Wir betreiben Politik!

Warum muss deswegen jemand etwas un-terlassen?

Wir sind eine antifaschistische Gruppe als Teil einer linksradikalen antifaschistischen Bewegung und wollen reaktionäre Entwicklungen stoppen. Der Verkauf national-konservativer, reaktionärer und/oder faschistischer Druckerzeugnisse sowie deren

öffentliche Auslage, das Tragen von Kleidung, die faschistisches Gedankengut gutheißt (Thor Steiner, La Familia, etc.) hat Einfluss auf die Stimmung in einer Stadt. Es beeinflusst Diskurse, verschiebt gegebenenfalls die Hegemonie. Akademische Worte, die aussagen sollen, dass Göttingen gefährlicher werden kann für Linke, MigrantInnen, nicht dem klassischen Mann-Frau-Schema entsprechend leben- und liebende, Wohnungslose und alle anderen als nicht der Norm entsprechend wahrgenommene. Einer derartigen -möglichen- Verschiebung wollen wir entgegenwirken.

Auf allen Ebenen - mit allen Mitteln!

Ob der Handel mit, das Konsumieren oder Tragen von Produkten, die geeignet sind, diese Verschiebung zu erzeugen, „legal“ ist, ist für uns dabei nicht entscheidend. Wir fordern auch keine staatliche Zensur. Wir fordern alle auf, sich reaktionären Bestrebungen entgegen zu stellen, oder besser: Wir fordern dazu auf, progressive Politik zu betreiben. Wir werden es tun!

Rechter Propaganda entschieden zu begegnen und sie zu bekämpfen, wo immer sie auftaucht, begreifen wir als notwendige antifaschistische Arbeit.

Keine Toleranz für die Verbreitung von geschichtsrevisionistischer Propaganda, Verschwörungstheorien und Überfremdungsmythen, antisemitischen Äußerungen oder rassistischer und homophober Hetze!

Aktiv werden gegen die rechte Monatszeitschrift „Zuerst!“



> A.L.I. < Antifaschistische Linke International
www.ali-antifa.de
Internet Blog: www.dasletztezuerst.blogspot.de

1000 KREUZE IN DIE SPREE!

ABTREIBUNGSVERBOT ABSCHAFFEN – GEGEN CHRISTLICHEN FUNDAMENTALISMUS

Für den 18. September 2010 mobilisiert der Bundesverband Lebensrecht zu einem *Schweigemarsch* mit dem Titel »1000 Kreuze für das Leben«. Damit wollen die selbst ernannten *Lebensschützer* für ein generelles Verbot von Abtreibungen demonstrieren.

Wir rufen dazu auf, dem Marsch der Fundamentalist_innen laut und mit vielfältigen Aktionen entgegen zu treten und fordern:



- Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch
- Entscheidungsfreiheit für oder gegen eine Abtreibung ohne Bevormundung
- Die Verwirklichung des Recht auf freie Familienplanung und Sexualität für alle, ohne dabei die Freiheiten anderer einzuschränken

Samstag 18. September 2010

Kundgebungen gegen <i>Schweigemarsch</i> der Abtreibungsgener_innen	12.30 Uhr Neptunbrunnen (Alexanderplatz)
	14.45 Uhr St. Hedwigs-Kathedrale (Bebelplatz)

